

Soforthilfe RLP 2021

Hilfe für die von der Flut Betroffenen im Landkreis Ahrweiler

Die Flutkatastrophe des 14. und 15. Juli 2021 führte zu vielen Toten, Verletzten und Vermissten. Zudem verursachte sie außergewöhnliche Notstände für die Menschen in einer ganzen Reihe von Gemeinden in der Eifel; entlang der Ahr sind die Folgen dramatisch.

Das Land Rheinland-Pfalz hat das Programm „Soforthilfe RLP 2021“ aufgelegt. Es soll außergewöhnliche Notstände der betroffenen privaten Haushalte mit finanziellen Soforthilfen unterstützen und akute Notlagen überbrücken. Das Programm dient dazu, kurzfristig Geld für das Nötigste zu haben. Die Soforthilfe dient nicht als Aufbauhilfe oder um die entstandenen Schäden abzudecken.

Voraussetzung für eine Soforthilfe sind grundsätzlich Schäden von über 5 000 Euro; abzüglich Versicherungsleistungen und ohne Berücksichtigung von Spenden. Die Zuwendung beträgt maximal 3 500 Euro je Haushalt; 1 500 Euro je Haushaltsvorstand und 500 Euro je weitere Person im Haushalt.

Betroffene private Haushalte aus dem Landkreis Ahrweiler können die Soforthilfe online oder schriftlich beim Statistischen Landesamt beantragen. Für die Antragstellung ist der Erstwohnsitz ausschlaggebend. Eine telefonische Beantragung ist leider nicht möglich. Eine Antragsberechtigung für Firmen und Unternehmen besteht nicht.

Das Statistische Landesamt unterstützt die Kreisverwaltung Ahrweiler bei der Beantragung und Bewilligung der Mittel. Betroffene aus anderen Landkreisen wenden sich bitte an die zuständige Kreisverwaltung. Unsere Hotline

(02603 / 71-1234 oder 02603 / 71-4321) für Fragen zum Antragsverfahren wird ab dem 23. Juli 2021 von 8 Uhr bis 20 Uhr auch am Wochenende besetzt sein.

Wichtige Hinweise

- Die Abgabe per Online-Antragsformular ist hinreichend; es bedarf keiner zusätzlichen Abgabe des Papierantrags.
- Wer keinen Online-Antrag ausfüllen kann, findet auf unserer Homepage die Standorte, an die Papieranträge geliefert wurden:
www.statistik.rlp.de/de/soforthilfe/standorte/
- Bitte übergeben Sie die Papieranträge nur an Ihnen vertraute Personen oder senden Sie sie uns per Post zu.
- Informationen zu den Notfallausgabestellen der Post erhalten Sie auf folgender Homepage:
www.deutschepost.de/de/h/hochwasser.html

Unterstützungsangebot für Unternehmen der IHK oder HWK

Die IHK Koblenz hat für Unternehmen, die von Hochwasser und Überschwemmungen betroffen sind oder den Betroffenen helfen wollen, folgende Hotline eingerichtet: 0261 / 106-502.

Die HWK Koblenz sammelt und koordiniert Hilfsangebote von Handwerksbetrieben. Telefonisch oder per Mail können Angebote und Anfragen geschickt werden (Telefon: 0261 / 398-251).

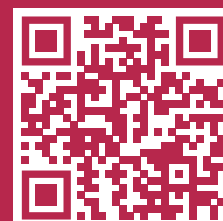


Foto: © mpix-foto - stock.adobe.com

Hotline

Montag bis Sonntag | 8 bis 20 Uhr
02603 / 71-1234 oder 02603 / 71-4321

Weitere Infos und Anträge im Internet unter:
www.statistik.rlp.de/de/soforthilfe/





kurz + aktuell

Industrieproduktion sinkt im April leicht

Die rheinland-pfälzische Industrie-
produktion ist im April 2021 leicht
gesunken. Nach Berechnungen auf
der Basis vorläufiger Daten war der
preis-, kalender- und saisonbereinigte
Produktionsindex 0,4 Prozent niedri-
ger als im März 2021.

In zwei der drei industriellen Haupt-
gruppen verringerte sich die Aus-
bringung: Der Output der Konsum-
güterhersteller schrumpfte kräftig
um 6,4 Prozent; außerdem wurden
2,1 Prozent weniger Investitionsgüter
produziert als im März. In der Vorlei-
stungsgüterindustrie stieg der Güter-
ausstoß hingegen um 2,6 Prozent.

Alle drei großen Industriebranchen
drosselten im April ihre Produktion.
In der Chemieindustrie, die zur Vor-
leistungsgüterindustrie zählt und die
umsatzstärkste Branche des Ver-
arbeitenden Gewerbes ist, sank die
Ausbringung um 2,5 Prozent. In der
Kraftwagen- und Kraftwagenteile-
industrie, die gemessen am Umsatz
unter den Industriebranchen an
zweiter Stelle steht und zur Investi-
tionsgüterindustrie gehört, fiel der
Produktionsrückgang mit -5,3 Pro-
zent am kräftigsten aus. Im Maschi-
nenbau, der drittgrößten Branche,
schrumpfte der Output gegenüber
dem Vormonat leicht um 0,7 Prozent.

Das Niveau des Vorjahresmonats
übertraf die bereinigte Industriepro-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Apr 2021		Jan bis Apr 2021	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Mrz 2021	Apr 2020	Jan bis Apr 2020	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	-0,4 % ↓	20,7 % ↑	5,4 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	2,6 % ↑	8,1 % ↑	2,4 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	-2,1 % ↓	98,1 % ↑	22,3 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	-6,4 % ↓	-4,0 % ↓	-6,4 % ↓	
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-2,5 % ↓	-5,2 % ↓	-3,2 % ↓	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-5,3 % ↓	295,3 % ↑	37,2 % ↑	
Maschinenbau	-0,7 % ↓	75,3 % ↑	19,8 % ↑	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	0,8 % ↗	59,0 % ↑	28,0 % ↑	
Inland	1,7 % ↗	66,2 % ↑	26,7 % ↑	
Ausland	0,3 % ↗	54,9 % ↑	28,7 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	3,0 % ↑	34,9 % ↑	20,4 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	-2,3 % ↓	123,7 % ↑	51,2 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	8,2 % ↑	0,8 % ↗	-9,7 % ↓	
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2,0 % ↑	33,5 % ↑	18,5 % ↑	
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-6,3 % ↓	280,3 % ↑	84,3 % ↑	
Maschinenbau	0,7 % ↗	65,3 % ↑	31,8 % ↑	

¹ Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – ² Einschließlich Energie.

duktion im April deutlich (+21 Pro-
zent). Allerdings wurde die Wirtschaft
im April 2020 stark durch die erste
Welle der Corona-Pandemie und
die zu ihrer Bekämpfung verhängten
Maßnahmen in Mitleidenschaft gezo-

gen. Im Vergleich zum Februar 2020,
als die Corona-Pandemie die wirt-
schaftlichen Aktivitäten noch relativ
wenig beeinträchtigte, ergab sich im
April 2021 nur ein leichtes Plus von
0,9 Prozent.

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung
in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden
Sie hier:



Während sich der Güterausstoß in der Investitionsgüter- und in der Vorleistungsgüterindustrie erhöhte (+5,9 bzw. +3,4 Prozent), lag die Ausbringung in der Konsumgüterindustrie im April 2021 deutlich unter dem Niveau von Februar 2020 (-13 Prozent). In zwei der drei umsatzstärksten Branchen nahm der Output zu: Während der Maschinenbau mit +9 Prozent den stärksten Produktionsanstieg verzeichnete und die Kraftwagen- und Kraftwagenteileherstellung um 4,7 Prozent zulegte, lag der Güterausstoß in der Chemieindustrie im April 2021 um 6,8 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

Etwas mehr Auftragseingänge im April

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten ist im April leicht gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex im April 2021 um 0,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Während das Ordervolumen aus dem Inland 1,7 Prozent zulegte, erhöhte sich die Nachfrage aus dem Ausland nur geringfügig um 0,3 Prozent.

Bei den Herstellern von Konsumgütern gingen im April deutlich mehr Bestellungen ein als im März (+8,2 Prozent). Die Vorleistungsgüterindustrie verzeichnete ebenfalls einen Anstieg der bereinigten Auftragseingänge (+3 Prozent). Die Nachfrage nach Investitionsgütern schwächte sich ab (-2,3 Prozent).

Das Minus in der Investitionsgüterindustrie ist auf die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zurückzuführen. Die Branche musste im April einen Rückgang der Bestellungen um 6,3 Prozent hinnehmen. Im Maschinenbau gab es hingegen einen leichten Zuwachs (+0,7 Prozent). In der Chemieindustrie stieg das Ordervolumen um zwei Prozent.

Der bereinigte Auftragseingangsindex war im April 2021 mit +59 Prozent deutlich höher als im Vorjahresmonat, in dem die Wirtschaft allerdings stark durch die erste Welle der Corona-Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung verhängten Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Aber auch gegenüber Februar 2020, als die Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Aktivitäten noch relativ wenig beeinträchtigte, ist eine kräftige Nachfragesteigerung zu verzeichnen (+29 Prozent). Zu diesem deutlichen Anstieg trugen das Inlands- und das Auslandsgeschäft fast in gleichem Ausmaß bei.

Die Entwicklung der drei industriellen Hauptgruppen verlief sehr unterschiedlich: Das Ordervolumen der Vorleistungsgüterhersteller war im April 2021 um 23 Prozent höher als im Februar 2020. In der Investitionsgüterindustrie lagen die Auftrags-eingänge um 52 Prozent über dem Niveau von Februar 2020. Die Konsumgüterindustrie ist hingegen noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt – die Bestellungen waren im April 2021 um 18 Prozent geringer als im Februar 2020. In allen drei großen Branchen

hat sich die Nachfrage erholt. In der Chemieindustrie lag sie um 20 Prozent über dem Vorkrisenniveau; den größten Zuwachs gab es in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie mit +74 Prozent.

Industrieumsätze legen im April zu

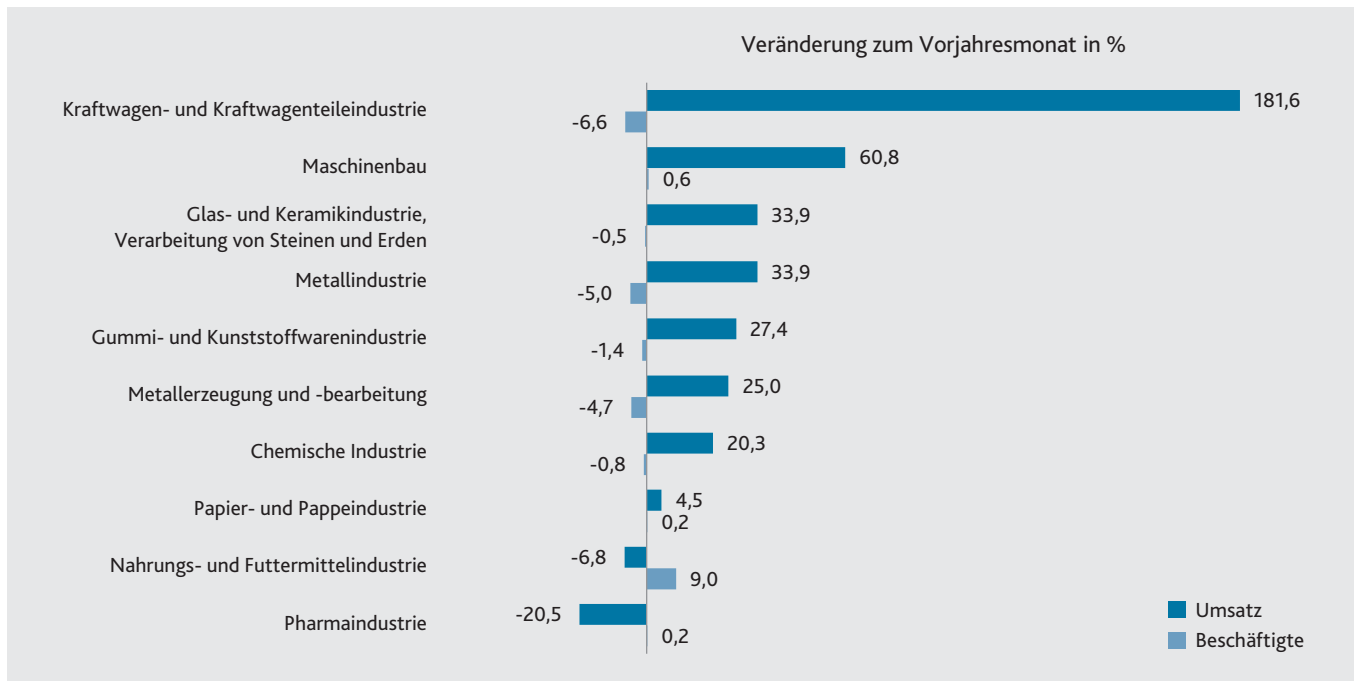
Die rheinland-pfälzischen Industrieumsätze lagen im April 2021 deutlich über dem Vorjahreswert. Die Umsätze legten im Vergleich zum April 2020 um knapp ein Drittel zu (Deutschland: +47,5 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um 1,5 Prozent (Deutschland: -2,2 Prozent).

Bei der Einordnung dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass im April 2020 die Einschränkungen bedingt durch die Corona-Pandemie besonders stark waren. Zum Vergleich: Die Veränderungsrate der Industrieumsätze gegenüber April 2019 lag bei +0,5 Prozent.

Die Industriebetriebe setzten im April 8,1 Milliarden Euro um. Sowohl die Auslands- als auch die Inlands-geschäfte verzeichneten mit +27 bzw. +36 Prozent deutliche Anstiege im Vergleich zum April 2020, der allerdings von der Drosselung bzw. dem zeitweisen Stillstand weiter Teile der Industrie geprägt war. Zum Vergleich: In Deutschland stieg der Umsatz aus dem Inland um 35 Prozent, der aus dem Ausland um 61 Prozent. Die Exportquote erreichte in Rheinland-Pfalz 57,3 Prozent und übertraf die des Vorjahresmonats um 1,6 Prozentpunkte.



Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im April 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Die Umsätze in den zehn umsatzstärksten Branchen in Rheinland-Pfalz entwickelten sich sehr unterschiedlich. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie verdreifachte annähernd ihre Umsätze (+182 Prozent). Der Maschinenbau verbuchte einen Zuwachs von 61 Prozent. Die Umsätze der Hersteller von Glas und Glaswaren sowie die der Hersteller von Metallerzeugnissen stiegen gleichermaßen um 34 Prozent. Demgegenüber musste die Pharmaindustrie Umsatzverluste von 21 Prozent hinnehmen. Auch die Erlöse der Nahrungs- und Futtermittelhersteller verringerten sich um 6,8 Prozent.

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe beschäftigten im April 2021 rund 254 600 Personen; das waren rund 4 000 Personen bzw. 1,5 Prozent

weniger als ein Jahr zuvor. Der Beschäftigungsabbau fiel bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen am deutlichsten aus (-6,6 Prozent). Überdurchschnittliche Beschäftigungsverluste verzeichneten auch die Hersteller von Metallerzeugnissen sowie die Metallerzeuger (-5 bzw. -4,7 Prozent). Personalzuwächse zeigten sich dagegen in vier der zehn umsatzstärksten Branchen. Die Nahrungs- und Futtermittelhersteller erhöhten mit +9 Prozent ihren Personalbestand am deutlichsten.

Die rheinland-pfälzischen Industrieerlöse stiegen im Zeitraum von Januar bis April gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8,8 Prozent. Die Auslandsumsätze erhöhten sich um 9,9 Prozent, die Inlandsumsätze um 7,4 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten sank um 2,1 Prozent.

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe sinken im April

Die Auftragseingänge und die Umsätze des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes sind im April 2021 gesunken. Es gingen kalender- und saisonbereinigt acht Prozent weniger Aufträge ein als im März. Die bauwirtschaftlichen Umsätze verringerten sich um 1,2 Prozent.

Trotz des Rückgangs im April war das Ordervolumen in den ersten vier Monaten des Jahres wesentlich höher als von Januar bis April 2020 (+18 Prozent). Die Umsätze fielen hingegen 1,5 Prozent geringer aus als im Vorjahreszeitraum. Hierbei könnte eine Rolle gespielt haben, dass Endabrechnungen von Aufträgen aufgrund der temporären Mehrwertsteuersen-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Apr 2021		Jan bis Apr 2021	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Mrz 2021	Apr 2020	Jan bis Apr 2020	
Auftragseingang	-8,0 % ↓	36,7 % ↑	18,0 % ↑	
Hochbau insgesamt	-7,5 % ↓	44,8 % ↑	24,7 % ↑	
Wohnungsbau	-19,7 % ↓	32,5 % ↑	43,7 % ↑	
gewerblicher Hochbau	10,7 % ↑	80,7 % ↑	25,0 % ↑	
öffentlicher Hochbau	-29,0 % ↓	-10,3 % ↓	-10,2 % ↓	
Tiefbau insgesamt	-8,5 % ↓	28,8 % ↑	11,9 % ↑	
gewerblicher Tiefbau	-26,2 % ↓	23,1 % ↑	24,4 % ↑	
Straßenbau	-9,9 % ↓	3,5 % ↑	-10,6 % ↓	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	19,0 % ↑	97,9 % ↑	47,4 % ↑	
Baugewerblicher Umsatz	-1,2 % ↓	-1,3 % ↓	-1,5 % ↓	
Hochbau insgesamt	0,2 % ↑	6,0 % ↑	2,9 % ↑	
Wohnungsbau	-4,6 % ↓	-1,6 % ↓	-5,4 % ↓	
gewerblicher Hochbau	5,4 % ↑	16,4 % ↑	16,2 % ↑	
öffentlicher Hochbau	-6,5 % ↓	-8,4 % ↓	-14,6 % ↓	
Tiefbau insgesamt	-2,7 % ↓	-8,3 % ↓	-5,8 % ↓	
gewerblicher Tiefbau	-5,6 % ↓	-3,3 % ↓	-0,2 % ↓	
Straßenbau	-7,8 % ↓	-10,4 % ↓	-5,9 % ↓	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	9,6 % ↑	-8,9 % ↓	-10,2 % ↓	

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

kung in das vierte Quartal 2020 vorgezogen wurden.

Im Hoch- und im Tiefbau gingen im April weniger Bestellungen ein als im Vormonat (-7,5 bzw. -8,5 Prozent). Kräftige Einbußen gab es im öffentlichen Hochbau (-29 Prozent). Auch im gewerblichen Tiefbau schrumpfte die Nachfrage deutlich (-26 Prozent), allerdings hatte der Bereich im Vormonat von Großaufträgen profitiert. Im Wohnungsbau sank das Ordervolumen um 20 Prozent und im Straßenbau um 9,9 Prozent. In den zwei übrigen Bereichen stiegen die bereinigten Auftragseingänge: Der sonstige öffentliche Tiefbau verbuchte 19 Prozent und der gewerbliche Hochbau elf Prozent mehr Bestellungen als im März. In den ersten vier Monaten des

Jahres 2021 lagen die Auftragseingänge sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Im Hochbau legte die Nachfrage mit +25 Prozent stärker zu als im Tiefbau mit +12 Prozent.

Der Tiefbau erzielte im April 2,7 Prozent weniger baugewerblichen Umsatz als im März. Im Hochbau lagen die Erlöse hingegen leicht über dem Niveau des Vormonats (+0,2 Prozent). Die kräftigsten Einbußen gab es im Straßenbau (-7,8 Prozent). Es folgten der öffentliche Hochbau (-6,5 Prozent) und der gewerbliche Tiefbau (-5,6 Prozent). Die Umsätze im Wohnungsbau nahmen um 4,6 Prozent ab. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau sowie im gewerblichen Hochbau fie-

len die Erlöse höher aus als im März (+9,6 bzw. +5,4 Prozent). Von Januar bis April 2021 erwirtschaftete der Hochbau 2,9 Prozent mehr Umsatz als ein Jahr zuvor, was auf einen kräftigen Zuwachs im gewerblichen Hochbau zurückzuführen ist. Für den Tiefbau errechnet sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Rückgang um 5,8 Prozent.

Immer mehr Neubauten mit Wärmepumpen

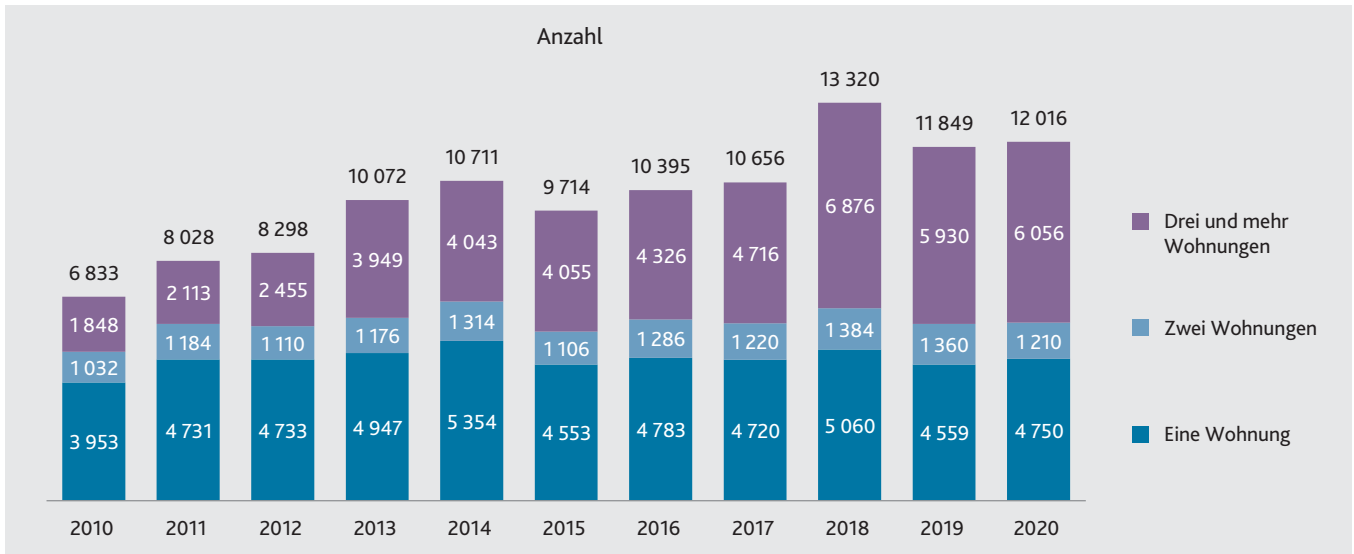
Im Jahr 2020 wurden in Rheinland-Pfalz den Meldungen der Bauaufsichtsbehörden zufolge 6 041 neue Wohngebäude fertiggestellt. Dadurch entstanden 12 016 neue Wohnungen. Etwa die Hälfte der Wohnungen wurde in Mehrfamilienhäusern und Wohnheimen realisiert, knapp 40 Prozent in Einfamilienhäusern und rund zehn Prozent in Zweifamilienhäusern. Gegenüber dem Jahr 2019 nahm die Zahl der Fertigstellungen leicht zu.

Landesweit wurden im Neubau durchschnittlich rund 29 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner fertiggestellt. Am weitesten über diesem Schnitt lag diese Kenngröße im Landkreis Neuwied (76) und in der kreisfreien Stadt Trier (54), am deutlichsten unter dem Schnitt in der kreisfreien Stadt Pirmasens (sechs) und im Landkreis Birkenfeld (neun).

Im Jahr 2020 hat sich die Dominanz der neuen Wohngebäude mit Wärmepumpenheizung weiter verstärkt. Über 58 Prozent der gemeldeten fertiggestellten Neubauten hatten



Errichtung neuer Wohnungen im Wohnbau 2010–2020 nach Zahl der Wohnungen im Gebäude



eine Wärmepumpe als primäre Heizquelle. Mit Gas werden nur noch knapp 32 Prozent der neuen Wohnungen beheizt. Im Jahr 2010 lag der Anteil der Wärmepumpenheizungen noch bei knapp 35 Prozent und der Anteil der Gasheizungen bei knapp 50 Prozent.

Außenhandel weiterhin auf Normalisierungskurs

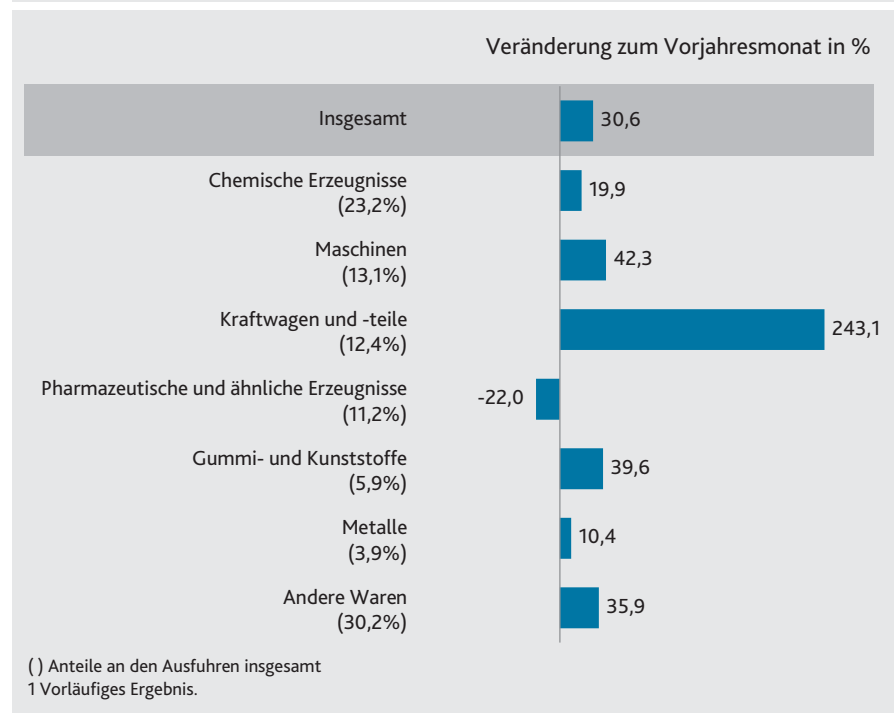
Der rheinland-pfälzische Außenhandel entwickelte sich auch im April positiv. Die Ein- und Ausfuhren legten im Vergleich zum Vorjahreswert deutlich zu. Nach vorläufigen Angaben wuchsen die Exporte gegenüber April 2020 um fast ein Drittel (+31 Prozent) auf 4,4 Milliarden Euro. Die Importe erreichten einen Warenwert von 3,4 Milliarden Euro; die Zunahmen betragen 38 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland stiegen die Exporte um 48 Prozent und die Importe um 34 Prozent.

Bei diesen Veränderungsdaten ist zu berücksichtigen, dass der Außenhandel 2020 zum Teil erheblich von der Corona-Pandemie beeinflusst wurde. Im Vergleich zum April 2019 sanken

die Exporte leicht um 1,2 Prozent, die Importe erhöhten sich um 6,3 Prozent.

Der Zuwachs der Ausfuhren in die EU-Staaten, in die deutlich mehr als

Ausfuhren im April 2021¹ nach Güterabteilungen



die Hälfte aller Ausfuhren gingen (Anteil: 57 Prozent), betrug 52 Prozent. Noch höhere Steigerungsraten wies der Handel mit den Ländern auf, die nicht der Eurozone angehören (+69 Prozent). In die Eurozone betrug der Wertzuwachs der Ausfuhren 47 Prozent. Besonders hoch waren die Zunahmen der Exporte nach Polen sowie Frankreich (+94 bzw. +85 Prozent). Der Anstieg in das übrige Europa fiel mit +27 Prozent niedriger aus.

Der Warenwert der Ausfuhren nach Amerika legte um ein Fünftel zu (+21 Prozent). Die Exportbilanz in die USA lag mit 8,3 Prozent im Plus; deutlich höher fielen die Zuwächse nach Brasilien und Mexiko aus (+78 bzw. +55 Prozent). Im Gegensatz zu den übrigen Entwicklungen wiesen die Exporte in den asiatischen Raum ein Minus auf (-13 Prozent). Dies geht vor allem auf die Ausfuhrückgänge nach Japan und China zurück (-25 bzw. -19 Prozent).

Sehr hohe Absatzzuwächse verbuchte der Handel mit Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+243 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgten Maschinen sowie Gummi- und Kunststoffwaren (+42 bzw. +40 Prozent). Lediglich die Auslandsnachfrage nach pharmazeutischen Gütern fiel schwächer aus als im Vorjahr (-22 Prozent).

Das Importvolumen lag im April mit 3,4 Milliarden Euro um 38 Prozent über dem Vorjahreswert. Mit Ausnahme der Einfuhren aus Amerika wiesen alle Ländergruppen ein Importplus aus. Hauptsächlich stammten

die Importe aus der EU (60 Prozent). Der Einfuhranstieg lag hier bei 50 Prozent. Etwas dynamischer entwickelten sich die Einfuhren aus den Ländern der Eurozone (+52 Prozent; Zunahme Nicht-Eurozone: +43 Prozent). Die Waren aus dem übrigen Europa stiegen deutlich schwächer (+21 Prozent). Aufgrund der Zunahmen aus Korea und China (+176 bzw. +53 Prozent) verbuchte der asiatische Raum ein Einfuhrplus von 40 Prozent. Weniger Waren aus den USA (-17 Prozent) führten zu einem Minus der gesamten Einfuhren aus Amerika (-8,5 Prozent).

In den ersten vier Monaten lagen die Werte der aus- und eingeführten Waren gegenüber den Vorjahresergebnissen im Plus (+7 bzw. +9,3 Prozent). Die Exportzunahmen in die Partnerländer der EU beliefen sich auf 16 Prozent; die Importe konnten sich um zehn Prozent steigern.

Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal weiter rückläufig

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz ist seit dem ersten Quartal 2020 rückläufig. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ sank die Erwerbstätigkeit auch im ersten Quartal 2021, und zwar gegenüber dem ersten Quartal 2020 um 30 400 Personen bzw. 1,5 Prozent. In Deutschland war der Rückgang mit -1,6 Prozent geringfügig stärker. Insgesamt hatten im ersten Vierteljahr 2021 durchschnittlich zwei Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz.

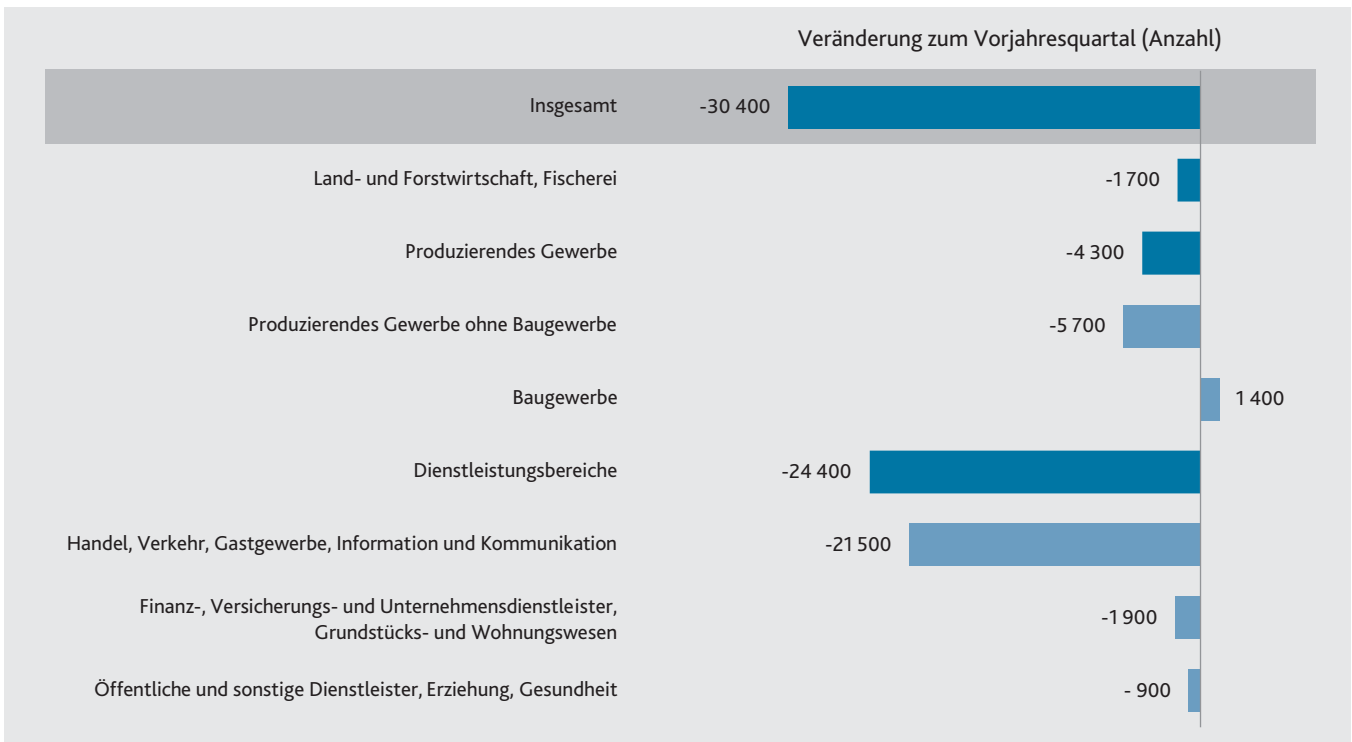
Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wirken sich weiterhin negativ auf die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz aus. Ein erheblicher Teil des Rückgangs ist auf das Minus bei den marginal Beschäftigten zurückzuführen. Aber auch die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen nahm erneut deutlich ab.

Die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen lag im ersten Quartal 2021 deutlich unter ihrem Vorjahresniveau, und zwar um 24 400 bzw. 1,6 Prozent (Deutschland: -1,4 Prozent). Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf den Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ zurückzuführen. Dort sank die Zahl der Erwerbstätigen um 21 500 bzw. 4,3 Prozent (Deutschland: -3,4 Prozent). Während sich in diesem Teilbereich der Rückgang verstärkte, fiel er im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ deutlich geringer aus als noch in den Quartalen zuvor. Das Minus betrug 1 900 Personen bzw. 0,7 Prozent (Deutschland: -2,2 Prozent). Im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ arbeiteten 900 Personen bzw. 0,1 Prozent weniger als ein Jahr zuvor (Deutschland: +0,5 Prozent).

Die Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) lag im ersten Quartal 2021 zum sechsten Mal in Folge unter dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Von Januar



Erwerbstätige am Arbeitsort im 1. Quartal 2021 nach Wirtschaftsbereichen



bis März 2021 arbeiteten 5 700 Personen weniger in dem Bereich als ein Jahr zuvor. Das entspricht einem Minus von 1,5 Prozent (Deutschland: -2,6 Prozent). Am kräftigsten war der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe – dem größten Teilbereich des Produzierenden Gewerbes – mit einem Minus von 5 900 Erwerbstätigen bzw. 1,6 Prozent (Deutschland: -2,8 Prozent).

Das Baugewerbe entwickelt sich weiter positiv. Entgegen dem allgemeinen Trend erhöhte sich im Baugewerbe die Zahl der Erwerbstätigen in den ersten drei Monaten des Jahres um 1 400 bzw. 1,1 Prozent (Deutschland: +0,8 Prozent).

In der Landwirtschaft schrumpfte die Zahl der Erwerbstätigen deutlich:

Im ersten Quartal 2021 arbeiteten 1 700 Personen weniger im primären Sektor als im Vorjahreszeitraum (-4,5 Prozent, Deutschland: -5,4 Prozent).

Im ersten Quartal mehr Gründungen von Nebenerwerbsbetrieben

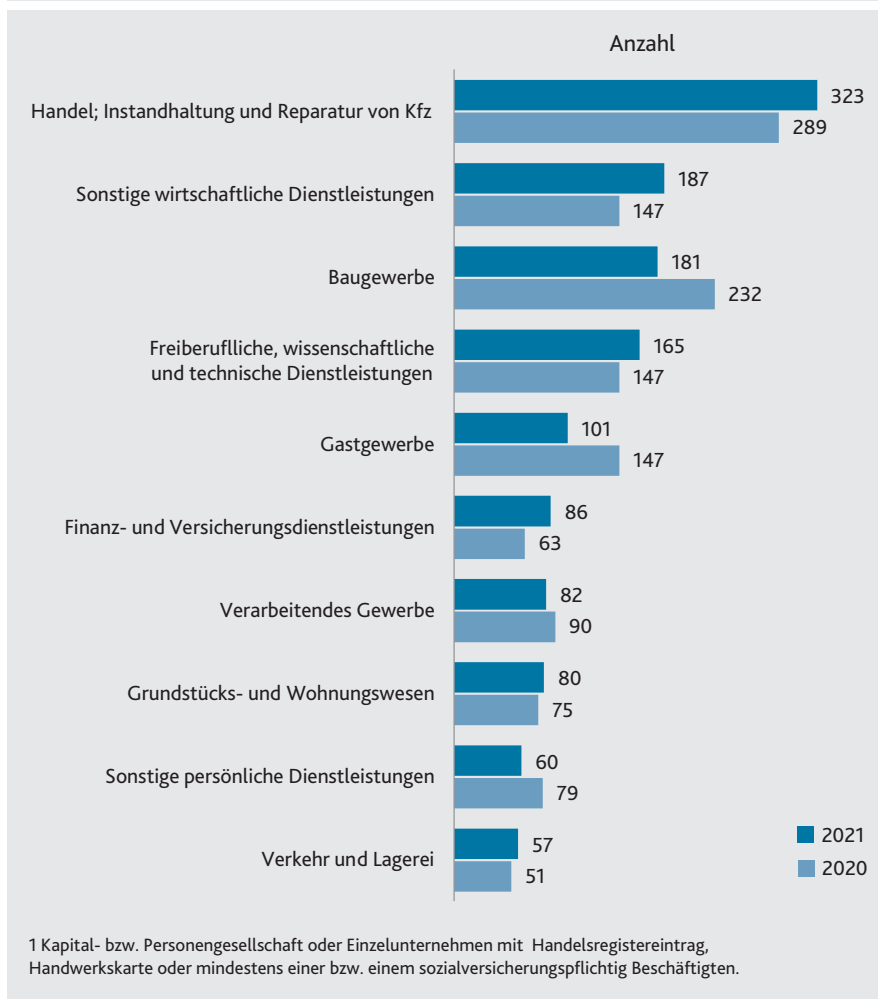
In Rheinland-Pfalz wurden im ersten Quartal 2021 insgesamt 9 370 Gewerbe angemeldet. Dieser Wert liegt 13 Prozent über dem Wert des ersten Quartals 2020, für das 8 262 Gewerbebeanmeldungen verzeichnet wurden. Die Zahl der Gewerbebeanmeldungen lag hingegen 2,4 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Insgesamt 1 458 Gewerbebeanmeldungen waren sogenannte Betriebsgründungen. Dies sind 0,7 Prozent weniger

als ein Jahr zuvor. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie alle Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens eine bzw. einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit mehr als 22 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Den zweithöchsten Anteil stellte mit rund 13 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“.

Betriebsgründungen¹ im 1. Quartal 2020 und 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Die Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichten den höchsten Wert mit 7,6 in der kreisfreien Stadt Zweibrücken. Der niedrigste Wert war mit 1,4 im Landkreis Kusel zu verzeichnen. In den kreisfreien Städten waren fünf Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner festzustellen. Dem standen nur 3,1 Betriebsgründungen in den Landkreisen gegenüber.

Über die Betriebsgründungen hinaus gab es im ersten Quartal 2021 ins-

gesamt 6 213 sogenannte sonstige Neugründungen. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stieg deren Anzahl um 16 Prozent. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben. Von den sonstigen Neugründungen erfolgten 4 753 im Nebenerwerb. Hier ist im

Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von knapp 41 Prozent zu verzeichnen.

Neben den Betriebsgründungen und sonstigen Neugründungen waren in den ersten drei Monaten des Jahres 2021 noch 1 699 weitere Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

Im ersten Quartal 2021 wurden 7 730 Gewerbe abgemeldet. Die Zahl der Betriebsaufgaben – sie sind das Pendant zu den Betriebsgründungen – sank um 15,5 Prozent auf 1 175. Die sonstigen Stilllegungen lagen mit 4 789 um 5,1 Prozent unter dem Wert des Vorjahresquartals.

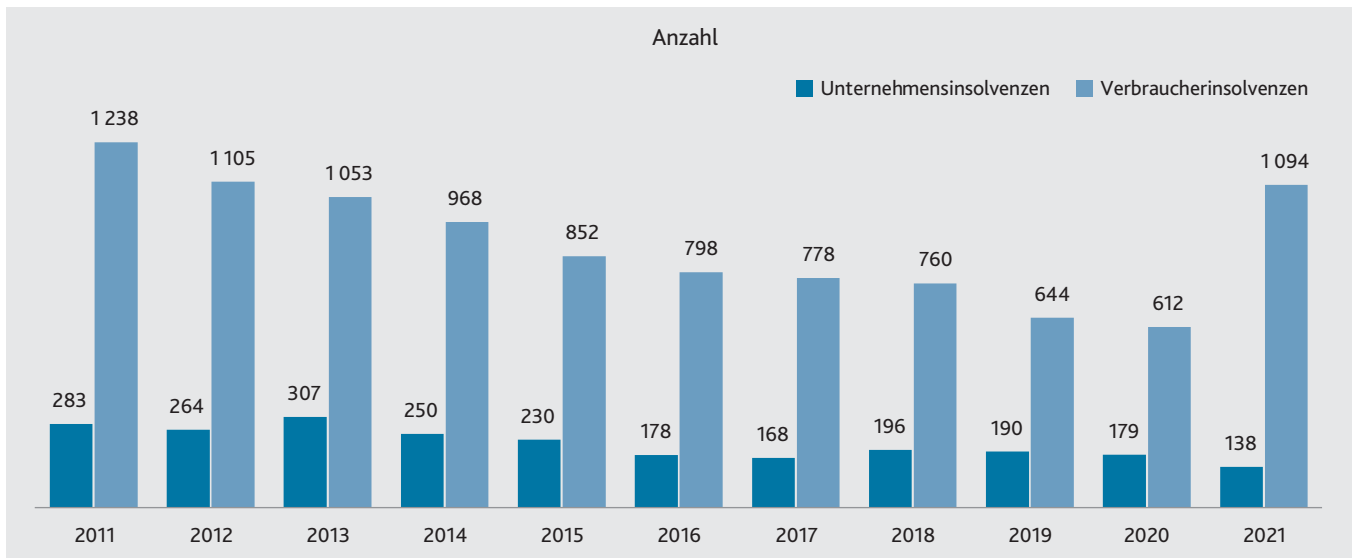
Deutlich mehr Verbraucherinsolvenzen im ersten Quartal

Während die Zahl der neu angemeldeten Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz im ersten Quartal 2021 weiter gesunken ist, haben die Neuanmeldungen von Verbraucherinsolvenzen stark zugenommen. Es stellten 138 Unternehmen einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, das waren 23 Prozent weniger als im ersten Quartal des vorigen Jahres. Die Zahl der Anträge von Verbraucherinnen und Verbrauchern lag mit 1 094 um fast 79 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Der weitere Rückgang der Anzahl der Unternehmensinsolvenzen dürfte durch die aufgrund der Corona-Pandemie unter bestimmten Voraussetzungen gewährte Aussetzung



Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Quartal 2011–2021



der Insolvenzantragspflicht bis zum 30. April 2021 begründet sein. Der beachtliche Anstieg der Verbraucherinsolvenzen ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass die Dauer des Restschuldbefreiungsverfahrens Ende 2020 von bisher sechs Jahren nunmehr auf drei Jahre verkürzt worden ist. Offensichtlich haben viele Verbraucherinnen und Verbraucher das Inkrafttreten dieses Gesetzes abgewartet und ihren Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens erst im Jahr 2021 gestellt.

Bedingt durch Einzelfälle größerer Unternehmen erhöhte sich die Anzahl der durch Unternehmensinsolvenzen gefährdeten Arbeitsplätze und die Höhe der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger deutlich. Insgesamt waren die Arbeitsplätze von 3 289 Beschäftigten betroffen, das waren 76 Prozent mehr als im ersten Quartal 2020. Das Volumen der voraussichtlichen Forderungen

belief sich auf insgesamt etwas mehr als 406 Millionen Euro – eine Steigerung um 191 Prozent. Durchschnittlich hatte damit jedes Unternehmen, das im ersten Quartal 2021 Insolvenz angemeldet hat, zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags rund 2,9 Millionen Euro Schulden. Im ersten Quartal 2020 hatte dieser Wert noch bei 780 600 Euro gelegen.

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (24 Fälle), gefolgt von den Unternehmen des Wirtschaftsabschnitts „Baugewerbe“ (22 Fälle). Auffällige Rückgänge gab es bei den Unternehmen der Wirtschaftsabschnitte „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (–19 Anträge bzw. –58 Prozent) sowie „Verarbeitendes Gewerbe“ (–12 Anträge bzw. –50 Prozent).

Die Insolvenzhäufigkeit der Unternehmen, definiert als die Anzahl der insolvenzbeantragenden Unternehmen je 1 000 wirtschaftlich aktive Unternehmen, war in den kreisfreien Städten Zweibrücken und Neustadt an der Weinstraße mit Werten von 3,7 und 2,5 am höchsten. In den Landkreisen Bad Kreuznach und Neuwied wurden im ersten Quartal keine Unternehmensinsolvenzen angemeldet.

Bei den Verbraucherinsolvenzen ergab sich entsprechend dem Anstieg der Anzahl der Fälle auch ein Anstieg der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger. Die Höhe der Forderungen belief sich in der Summe auf 46 Millionen Euro. Dies entspricht einer Steigerung von 82 Prozent. Die durchschnittliche Verschuldung lag mit rund 42 040 Euro etwas höher als im ersten Quartal 2020 (41 200 Euro).

Bei der Insolvenzhäufigkeit, also der Anzahl der Verbraucherinsolvenzanmeldungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner, war der Wert in der kreisfreien Stadt Pirmasens mit 15,1 mit Abstand am höchsten und in den Landkreisen Südliche Weinstraße und Alzey-Worms mit jeweils 0,8 am niedrigsten.

Kfz-Handel im März mit deutlichem Umsatzplus

Der Monat März bescherte dem Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) ein deutliches Umsatzplus. Nach vorläufigen Berechnungen setzten die Kfz-Händler real, also um Preisveränderungen bereinigt, 20 Prozent mehr um als im März 2020. Nominal bzw. einschließlich Preisänderungen,

stiegen die Umsätze um 22 Prozent. Deutschlandweit erhöhten sich die Umsätze real um 25 Prozent (nominal: +28 Prozent).

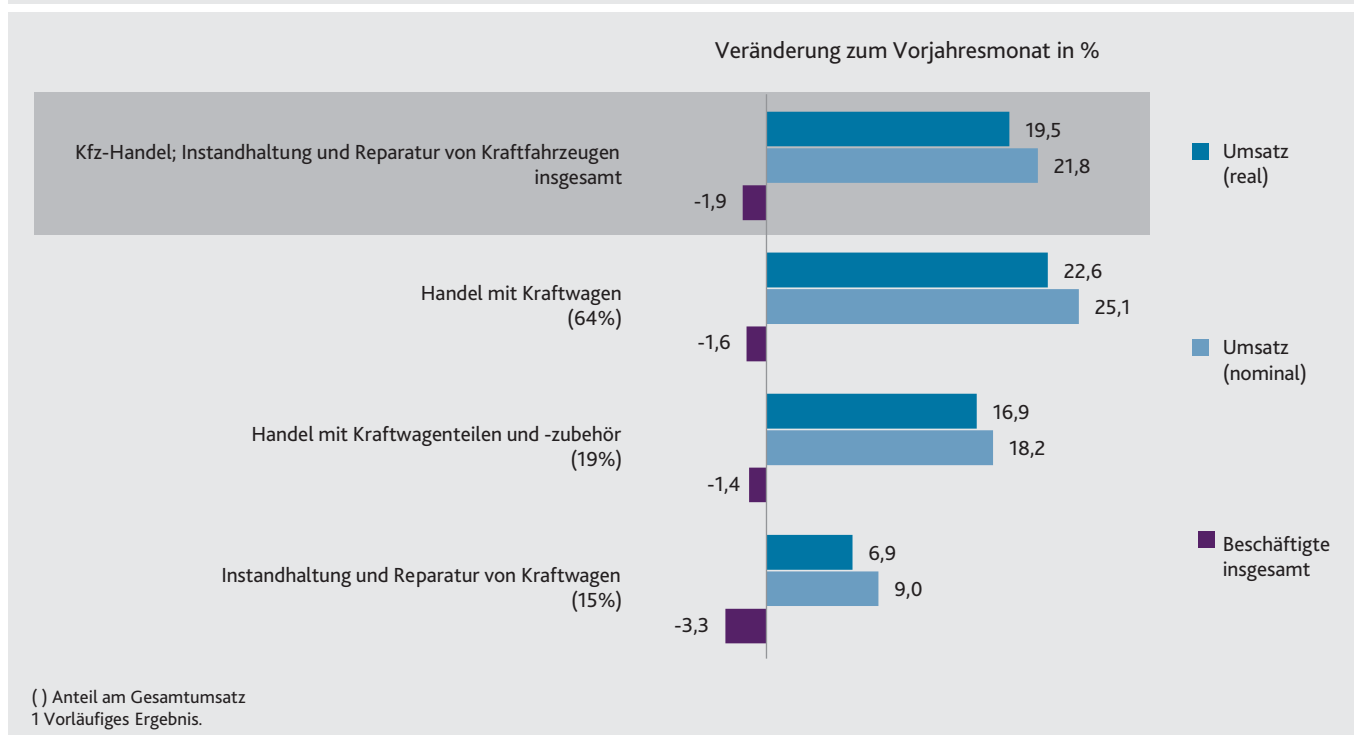
Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,9 Prozent (Deutschland: -2,6 Prozent).

Bei diesen Ergebnissen ist zu berücksichtigen, dass der Kfz-Handel im März 2020 stark von den Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie betroffen war. Mit einem Umsatzzuwachs von real 7,7 Prozent zeigt allerdings auch ein Vergleich mit März 2019 ein deutliches Plus (nominal: +11 Prozent) und lässt hier eine Erholung erkennen.

Alle Teilbereiche im Kfz-Handel wiesen höhere Umsätze aus. Vor allem der umsatzstarke Handel mit Kraftwagen legte deutlich zu. Das reale Umsatzplus lag hier bei 23 Prozent. Im Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör erhöhten sich die Erlöse um 17 Prozent. Mit einem Plus von 6,9 Prozent entwickelte sich der Bereich „Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen“ schwächer.

Aufgrund der schlechten Entwicklungen im Januar und im Februar steht am Ende des ersten Quartals ein Umsatzminus im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (real: -4,6 Prozent bzw. nominal: -3,3 Prozent). Die Beschäftigung lag zwei Prozent niedriger als im ersten Quartal 2020.

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels¹ im März 2021





Einzelhandelsumsätze im April über Vorjahresniveau

Die Umsätze des rheinland-pfälzischen Einzelhandels legten im April 2021 leicht zu. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Einzelhandelsumsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um drei Prozent über den Werten des Vorjahres. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, erhöhten sich die Umsätze um 4,7 Prozent. Im Vorkrisenvergleich zu April 2019 zeigt sich eine geringe Umsatzzunahme. In Deutschland betrug das Umsatzplus gegenüber April 2020 real 5,1 Prozent und nominal 6,4 Prozent.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie im April 2020 wirkten sich unterschiedlich auf die

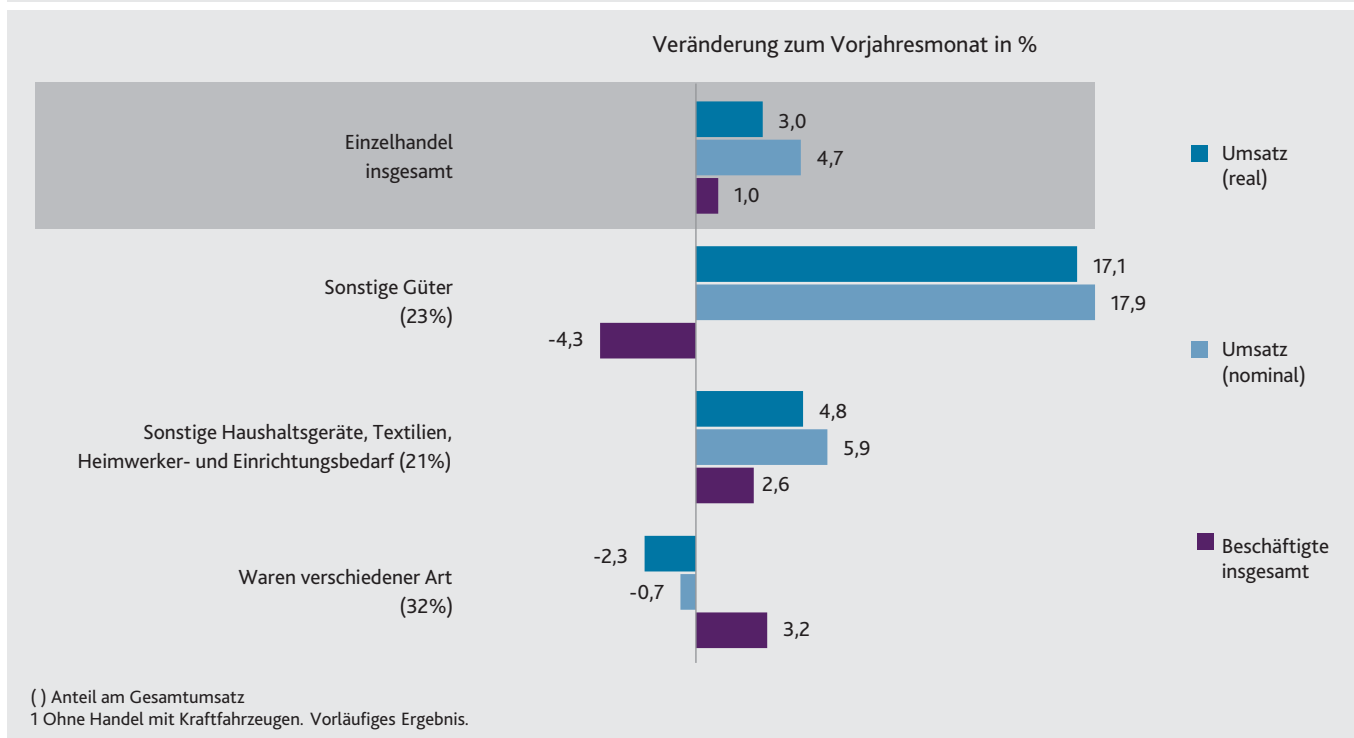
Bereiche „Handel mit Lebensmitteln“ bzw. „Handel im Non-Food-Bereich“ aus, sodass auch im April 2021 die Veränderungsraten gegensätzlich verliefen. Während die Handelserlöse mit Nicht-Lebensmitteln, die im April 2020 deutliche Rückgänge verzeichnet hatten, mit +8,1 Prozent deutlich zulegen (nominal: +10 Prozent), entwickelte sich der Umsatz mit Lebensmitteln rückläufig (real: -2,6 Prozent bzw. nominal: 0,9 Prozent). Dieser hatte im April 2020 stark zugelegt.

Vier von fünf Handelszweigen wiesen gegenüber April 2020 reale Umsatzzuwächse auf. Im umsatzstärksten Segment, dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (einschließlich Lebensmittel), gingen die Umsätze gegenüber den Vorjah-

reswerten um 2,3 Prozent zurück. Dagegen verzeichneten die ebenfalls großen Bereiche „Sonstige Güter“, zu denen beispielsweise Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, und „Sonstige Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“, Zuwächse von 17 bzw. 4,8 Prozent. Auch die Handelsbereiche mit geringeren Umsatzanteilen, der Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie der Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, erzielten Umsatzzuwächse von 5,2 bzw. 31 Prozent.

Der Personalstand im Einzelhandel stieg im Vergleich zum April 2020 um ein Prozent (Deutschland: +1,2 Prozent).

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels¹ im April 2021



Die Geschäfte im Einzelhandel entwickelten sich in den ersten vier Monaten gegenüber dem Vorjahr real leicht rückläufig (-1 Prozent). Aufgrund von Preissteigerungen legte die Umsatzentwicklung nominal geringfügig um 0,7 Prozent zu. Die Beschäftigtenzahl stieg in diesem Zeitraum um 0,9 Prozent.

Gastgewerbeumsatz im April 2021 höher als im Vorjahr, aber deutlich unter 2019

Die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes nahmen im April 2021 im Vergleich zum Vorjahresmonat zu. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 33 Prozent über den Ergebnissen des Vorjahresmonats. Nominal

bzw. bewertet in jeweiligen Preisen, stieg der Umsatz um 37 Prozent. In Deutschland stieg der Umsatz real um 24 Prozent und nominal um 28 Prozent.

Bei diesen Ergebnissen ist zu berücksichtigen, dass das Gastgewerbe im April 2020 besonders stark von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betroffen war. Im Vergleich mit den Aprilergebnissen 2019 zeigte sich ein kräftiger Umsatzrückgang von 72 Prozent (nominal: 70 Prozent).

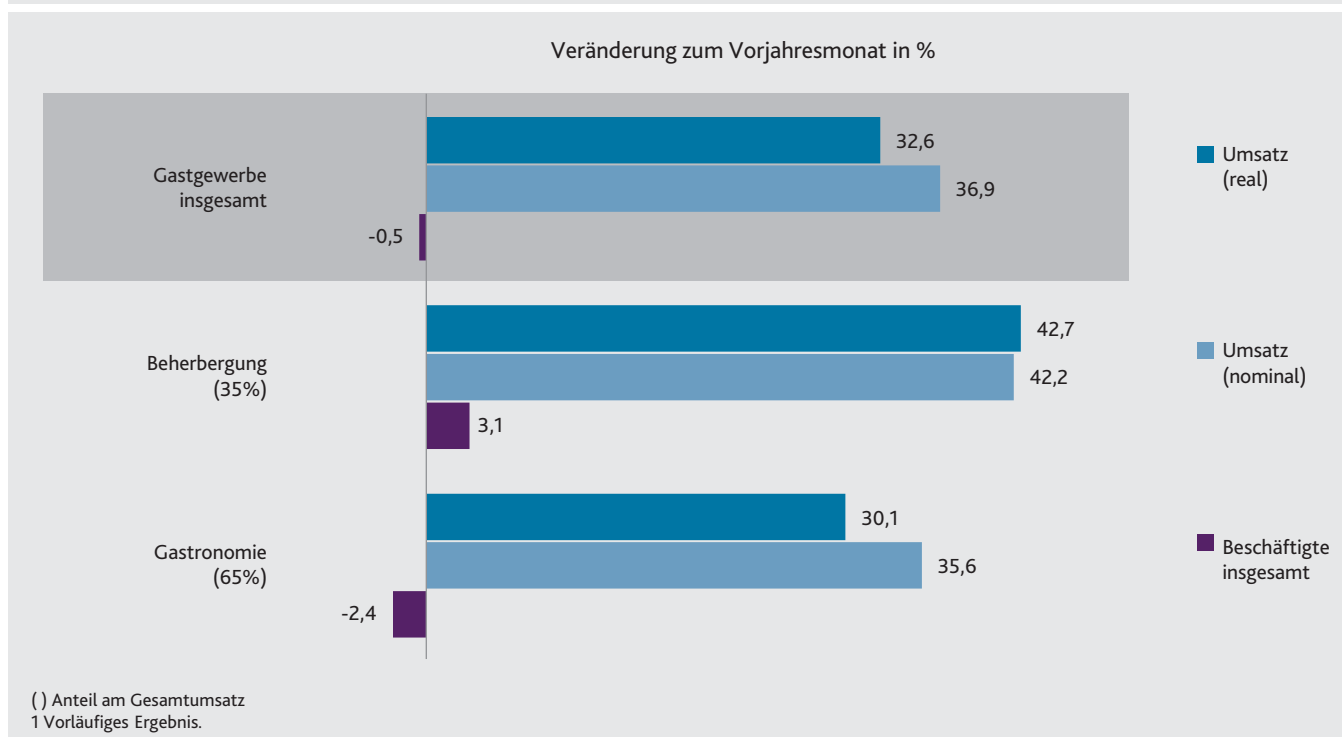
Die Erlöse stiegen in allen Wirtschaftsbereichen des Gastgewerbes an. Das Beherbergungsgewerbe verzeichnete das größte Umsatzplus (43 Prozent). Doch auch die Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gast-

gewerbeumsätze entfallen, erzielte 30 Prozent mehr Umsatz als im Vorjahresmonat. Darunter verzeichneten die Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben mit +34 Prozent (nominal: +40 Prozent) einen größeren Anstieg als die Caterer und Erbringer von sonstigen Verpflegungsleistungen mit einem Plus von 20 Prozent (nominal: +24 Prozent).

Die Beschäftigtenzahl lag mit -0,5 Prozent nur noch leicht unter dem Stand vom April 2020 (Deutschland: -8,2 Prozent).

Im Vergleich zu den ersten vier Monaten des Vorjahres verzeichnete das rheinland-pfälzische Gastgewerbe einen Umsatzrückgang (real: -56 Prozent; nominal: -55 Prozent). Dabei gingen die Umsätze im Beherber-

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ im April 2021





gungsgewerbe real und nominal um 73 Prozent und in der Gastronomie real um 48 bzw. nominal um 47 Prozent zurück. Der Beschäftigungsstand war im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 26 Prozent niedriger. Der Rückgang lag in der Gastronomie bei -26 Prozent und im Beherbergungsgewerbe bei -27 Prozent.

Tourismus leidet im April unverändert unter Pandemie-Maßnahmen

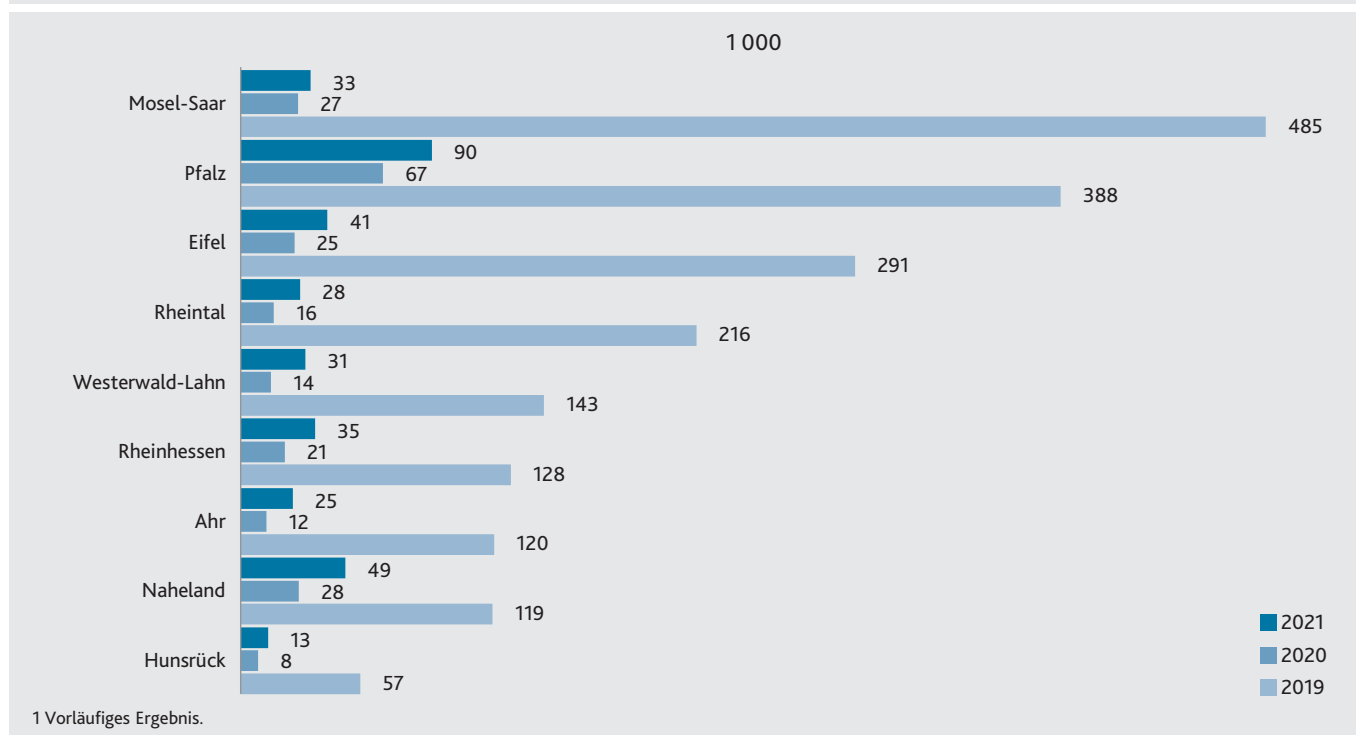
Die Einschränkungen der Übernachtungsmöglichkeiten auf nicht-touristische Zwecke schlugen sich auch im April in der Bilanz der Tourismusbetriebe nieder. Es übernachteten nur rund 82 000 Gäste im Land, die zusammen für 345 000 Übernachtungen sorgten.

Im April 2020 hatten die ersten Lockdown-Maßnahmen zu verheerenden Einbrüchen gegenüber April 2019 geführt (Gäste: -95 und Übernachtungen: -89 Prozent). Gegenüber diesem niedrigen Niveau hat sich die Lage 2021 verbessert: Die Gästezahlen lagen im April 2021 um 95 Prozent und die der Übernachtungen um 58 Prozent über denen des Vorjahresmonats. Die nach wie vor angespannte Lage wird bei einem Vergleich mit den April-Ergebnissen 2019 deutlich: Gemessen an diesen Werten lag das Niveau im April 2021 mit einem Minus bei den Gästen von 89 Prozent und bei den Übernachtungen von 82 Prozent deutlich zu niedrig.

Im Vergleich zu den Vorjahresergebnissen hat sich die Lage in allen Tou-

rismusregionen verbessert, blieb jedoch deutlich unter den Werten des April 2019. Die meisten Übernachtungen verzeichnete mit rund 90 000 die Region Pfalz. Das waren 23 Prozent des Wertes von 2019. Mehr als verdoppelt gegenüber 2020 hat sich das Übernachtungsaufkommen in den Regionen Westerwald und Ahr (+113 bzw. +103 Prozent). Beide Regionen erreichten rund ein Fünftel des Aprilwertes 2019. Besonders schlecht stellt sich die Situation in der Region Mosel-Saar dar, die im Jahr 2019 den höchsten Übernachtungswert aller Regionen aufwies. Sie konnte die Zahl der Übernachtungen gegenüber 2020 nur um 22 Prozent steigern und erreichte damit nur sieben Prozent des Wertes von April 2019.

Übernachtungen und Gäste im April 2021¹ nach Tourismusregionen



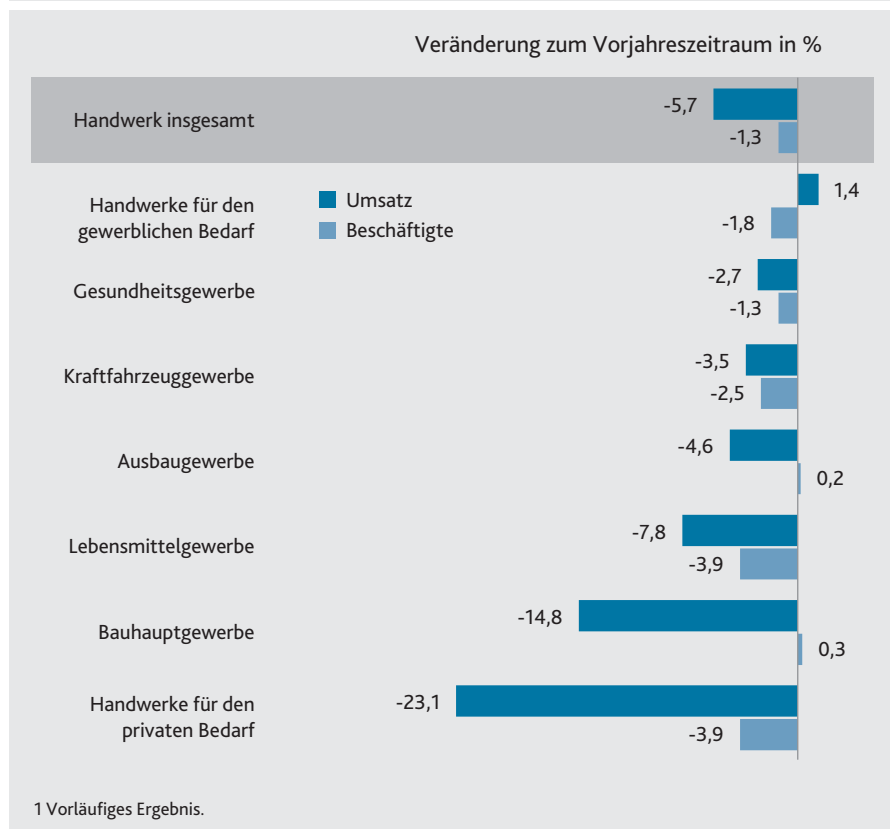
Mit Ausnahme der Jugendherbergen und Hütten sowie der Campingplätze legten alle Betriebsarten gegenüber April 2020 von niedrigem Niveau aus zu. Allerdings lag der Auslastungsgrad gemessen an den Werten aus 2019 immer noch sehr niedrig. Den besten Wert erreichten die Hotels garnis mit 33 Prozent (Zunahme gegenüber 2020: +71 Prozent). Die Kategorien „Ferienhäuser, Ferienwohnungen“ sowie „Gasthöfe“ folgten mit Anteilen in Höhe von 25 bzw. 23 Prozent. Die Hotels, in normalen Zeiten mit Abstand übernachtungsstärkste Betriebsart, erzielten mit 115 000 Übernachtungen nur rund 15 Prozent des Wertes von 2019; im ersten Lockdown im April 2020 waren es neun Prozent. Besonders drastisch blieb die Situation in den Ferienzentren: Mit knapp 500 Übernachtungen lag der Anteilswert an den Ergebnissen aus 2019 bei 0,2 Prozent.

In den ersten vier Monaten besuchten 292 000 Gäste Rheinland-Pfalz, die insgesamt 1,3 Millionen Übernachtungen buchten. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum hat sich die Zahl der Gäste um 74 Prozent reduziert; die Übernachtungen lagen um 57 Prozent niedriger.

Handwerk mit Minus im ersten Quartal

Der Auftakt in das Jahr 2021 verlief für das zulassungspflichtige Handwerk mit schlechteren Umsatz- und Beschäftigungszahlen als im Vorjahresquartal. Nach vorläufigen Angaben lagen die Erlöse von Januar bis März 2021 um 5,7 Prozent unter

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 1. Quartal 2021¹ nach Gewerbegruppen



denen der ersten drei Monate 2020 (Deutschland: -7,5 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten ging um 1,3 Prozent zurück (Deutschland: -1,7 Prozent).

Lediglich das Handwerk für den gewerblichen Bedarf erzielte ein Umsatzplus von 1,4 Prozent. Deutliche Einbußen, auch aufgrund der Lockdown-Maßnahmen, gab es bei den Handwerken für den privaten Bedarf (-23 Prozent). Das Bauhauptgewerbe erzielte im ersten Quartal 15 Prozent weniger Umsatz, im Lebensmittelgewerbe lag der Rückgang bei acht Prozent. Die geringsten Erlösminderungen gab es im Gesundheitsgewerbe mit -2,7 Prozent.

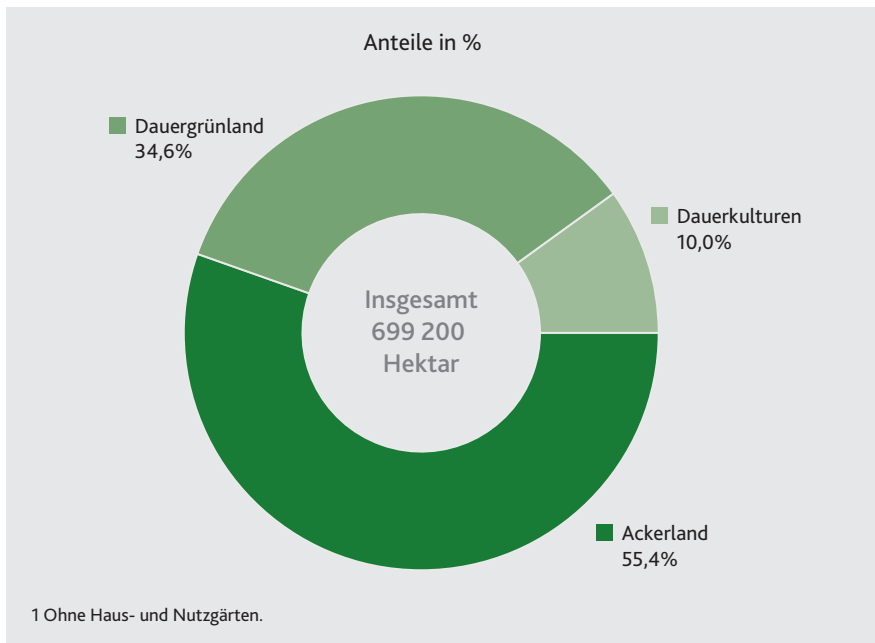
Bei den Handwerken für den privaten Bedarf ging mit den hohen Umsatzverlusten ein deutlicher Beschäftigungsabbau einher (-3,9 Prozent). Der Personalabbau im Lebensmittelgewerbe sowie im Kfz-Gewerbe betrug 3,9 bzw. 2,5 Prozent. Ein geringfügiges Plus zeigte sich im Baubereich (Bauhauptgewerbe: +0,3 bzw. Ausbaugewerbe: +0,2 Prozent).

Landwirtschaftliche Betriebe wachsen seit 2010 pro Jahr um einen Hektar

Im Jahr 2020 nutzten in Rheinland-Pfalz 16 000 landwirtschaftliche Betriebe rund 699 200 Hektar Land für landwirtschaftliche Zwecke. Auf



Landwirtschaftlich genutzte Fläche¹ der landwirtschaftlichen Betriebe 2020 nach Hauptnutzungsarten



Basis der endgültigen Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2020 waren davon gut 55 Prozent Ackerland, knapp 35 Prozent Dauergrünland und zehn Prozent Dauerkulturen.

Die Art der Bodennutzung hängt mit der Größe der Betriebe eng zusammen. Rheinland-Pfalz rangiert hinsichtlich der Flächenausstattung je Betrieb im unteren Mittelfeld unter den Flächenländern. So lag im Jahr 2020 die durchschnittliche Größe der Betriebe im Land bei knapp 44 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche je Betrieb (Deutschland: 63 Hektar). Die relative Kleinstrukturiertheit ist auf die anteilig hohe Anzahl von Weinbaubetrieben mit einer Durchschnittsgröße von knapp zehn Hektar je Betrieb zurückzuführen. Bei der Strukturhebung aus dem Jahr 2016 wurde in Rheinland-Pfalz noch eine durchschnittliche Betriebsgröße von

40 Hektar je Betrieb ermittelt; 2010 waren es 34 Hektar je Betrieb.

Der Strukturwandel hin zu weniger Betrieben mit einer größeren Flächenausstattung hält somit unvermindert an. Seit 2010 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 20 600 auf rund 16 000 gesunken (-22 Prozent). Besonders betroffen waren die Betriebe mit fünf Hektar Fläche und weniger. Ihre Zahl reduzierte sich um 5 500 auf 3 100 (-43 Prozent). Demgegenüber ist die Zahl der Betriebe mit 200 Hektar und mehr Fläche seit 2010 um 55 Prozent angestiegen. Die 550 Betriebe dieser Größenklasse bewirtschafteten 2020 rund 23 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche (159 800 Hektar) und damit fast genauso viel wie die 11 800 Betriebe mit bis zu 50 Hektar Fläche.

Nach Hauptnutzungs- und Kulturarten war der Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit 55 Prozent relativ niedrig (Deutschland: 70 Prozent). Dagegen war der Grünlandanteil mit 35 Prozent vergleichsweise hoch (Deutschland: 29 Prozent). Der Anteil von Dauerkulturen, wie Rebland, Obstanlagen und Baumschulen, ist aufgrund der Bedeutung des Weinbaus im Land mit zehn Prozent bundesweit am höchsten.

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2020 vor allem Getreide und Ölfrüchte angebaut. Sie nahmen zusammen 67 Prozent der Ackerfläche ein. Der Getreideanteil lag mit 57 Prozent fünf Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Wert (52 Prozent). Die in den vergangenen Jahren rückläufige Rapsanbaufläche ist mit 9,7 Prozent am Ackerland im Vergleich noch überdurchschnittlich hoch (Deutschland: 8,2 Prozent). Hackfrüchte wie Kartoffeln und Zuckerrüben wurden auf 6,1 Prozent des Ackerlands angebaut (Deutschland: 5,7 Prozent). Gemüse und Erdbeeren spielten mit einem Flächenanteil von zusammen 3,4 Prozent speziell in der Vorderpfalz eine bedeutende Rolle (Deutschland: 1,1 Prozent). Pflanzen zur Grünernte, das sind Futterpflanzen (z. B. Silomais) einschließlich Pflanzen zur Energiegewinnung, standen auf knapp 16 Prozent des Ackerlandes (Deutschland: 27 Prozent).

Knapp zwölf Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen – das

sind 82 200 Hektar Land – wurden im Jahr 2020 für die Produktion von Gemüse, Obst, Fleisch, Milch oder Getreide aus ökologischem Landbau genutzt. In ganz Deutschland wurden knapp zehn Prozent ökologisch bewirtschaftet. Vor zehn Jahren standen Rheinland-Pfalz 38 000 Hektar Land für die Bio-Produktion und damit anteilig weniger als die Hälfte zur Verfügung.

Die Landwirtschaftszählung ist die größte landwirtschaftliche Erhebung und erfasst im Abstand von zehn Jahren wichtige Daten der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz und den anderen Ländern. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nutzen diese Daten als Informationsquelle und Entscheidungsgrundlage.

Rund 37 600 Neugeborene, 49 200 Gestorbene sowie 18 900 Eheschließungen im Jahr 2020

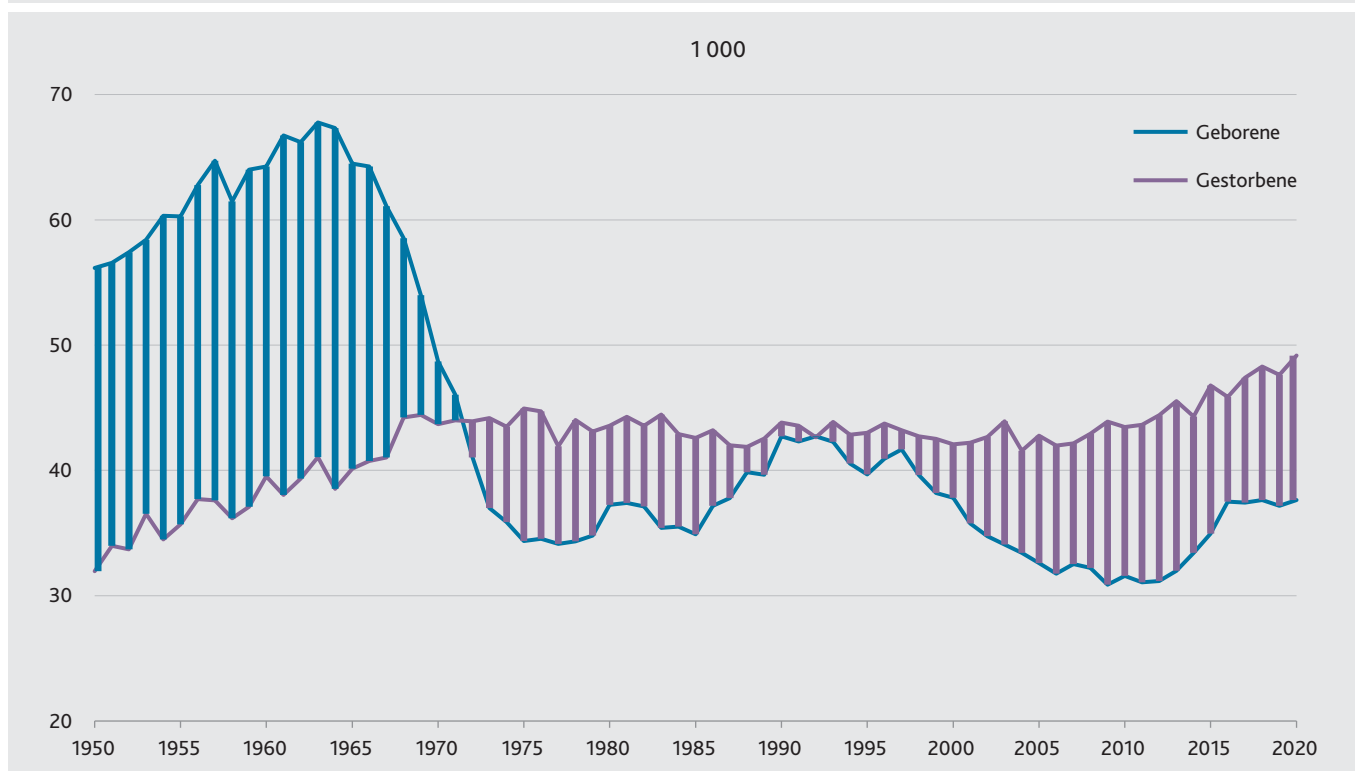
Im Jahr 2020 wurden 37 632 rheinland-pfälzische Kinder geboren, 49 169 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer starben. Insgesamt 18 909 Paare, darunter 474 gleichgeschlechtliche, gingen in Rheinland-Pfalz den Bund fürs Leben ein. Teilweise spiegeln sich in diesen Zahlen die Folgen der Corona-Pandemie wider.

Die Zahl der Sterbefälle nahm im Vorjahresvergleich um 1 550 bzw. 3,3 Prozent zu. In dem beim Statistischen Landesamt geführten Mortalitätsregister wurden insgesamt 1 600 unmittelbar an einer

Covid-19-Erkrankung verstorbene Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer registriert. Die Zahl der Neugeborenen lag etwas höher als 2019 (+459 bzw. +1,2 Prozent). In der Summe überstieg die Zahl der Sterbefälle die der im Jahresverlauf Geborenen um rund 11 500. Das Geburtendefizit erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um annähernd 1 100.

Insbesondere bedingt durch die verfügbaren Beschränkungen privater Zusammenkünfte sank die Zahl der Eheschließungen gegenüber dem Vorjahr deutlich um mehr als 1 900 (-9,2 Prozent). Es ist zu erwarten, dass das Gros der in 2020 „aufgeschobenen“ Trauungen nach Abklingen der Bedrohung und damit einher-

Geborene und Gestorbene 1950–2020





gehenden Lockerungen nachgeholt wird.

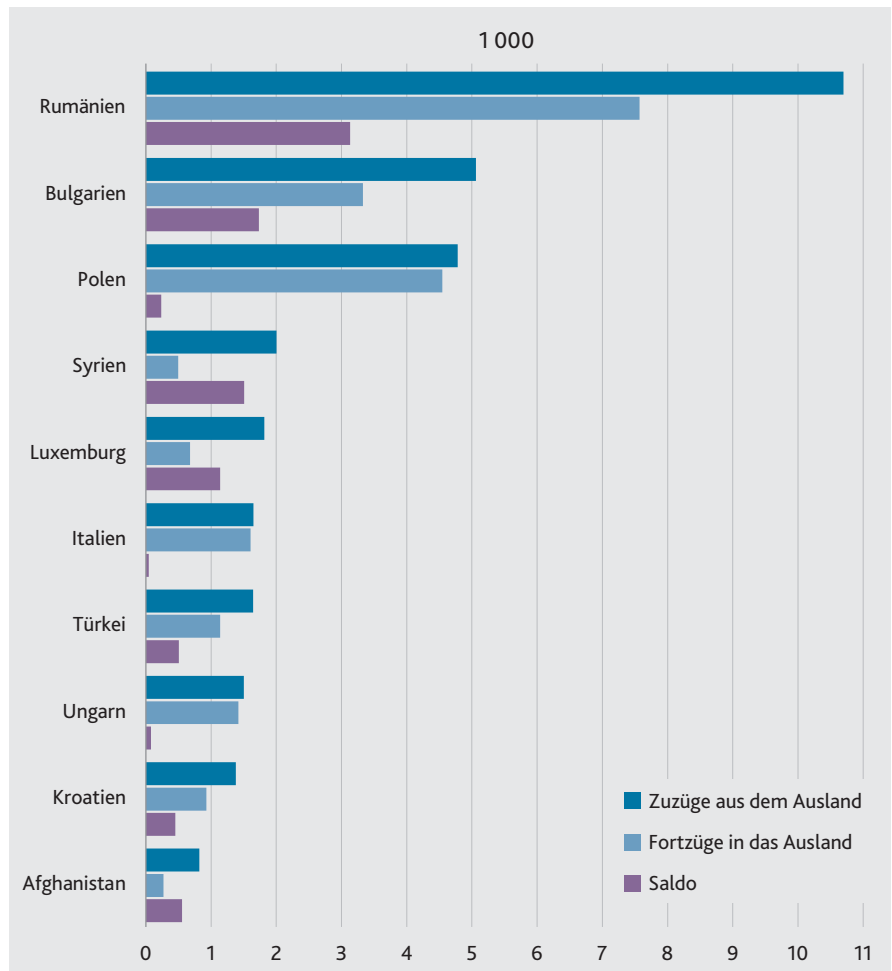
Im Regionalvergleich der kreisfreien Städte wurden lediglich in Mainz mehr Kinder geboren als Menschen starben. Dort lag der Geburtenüberschuss bei 292. Alle übrigen kreisfreien Städte sowie sämtliche Landkreise wiesen ein Geburtendefizit auf.

Bezogen auf je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner starben landesweit 2,8 Personen mehr als geboren wurden. In den kreisfreien Städten fällt dieser relative Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit $-1,4$ Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner deutlich günstiger aus als in den Landkreisen ($-3,3$ Personen). Ausschlaggebend hierfür ist nicht zuletzt, dass die Wohnbevölkerung in den kreisfreien Städten im Schnitt mehr als zwei Jahre jünger ist. Für die Landeshauptstadt Mainz ergibt sich ein relativer Geburtenüberschuss von 1,3 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Hingegen zeigen sich in der kreisfreien Stadt Pirmasens sowie im Landkreis Vulkaneifel die höchsten relativen Geburtendefizite von $-8,4$ bzw. $-6,6$ Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Trotz Corona erneut Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderungen

Die rheinland-pfälzische Bevölkerung ist auch im Jahr 2020 gewachsen, weil mehr Menschen zu- als fortgezogen sind und dieses Wanderungsplus das Geburtendefizit mehr als ausgeglichen hat. Rund 129 400 Personen verlegten ihren alleinigen bzw. Haupt-

Wanderungsverflechtungen mit dem Ausland 2020 nach den zehn am häufigsten aus dem Ausland zugewanderten Nationalitäten



wohnsitz nach Rheinland-Pfalz, rund 14 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Annähernd 112 100 Personen zogen über die Landesgrenze fort, rund 13 Prozent weniger als 2019. Insgesamt ergibt sich ein Wanderungsplus von rund 17 300 Personen.

Dieses übersteigt das Defizit der Differenz aus Geburten und Sterbefällen von rund 11 500 Personen, sodass die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz zum 31. Dezember 2020 erneut auf nunmehr annähernd 4 098 400 Menschen anstieg.

Die Zahl der Zuwanderungen aus dem Ausland (60 552) ist im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Fünftel zurückgegangen (-21 Prozent). Rund 83 Prozent dieses Personenkreises (50 128 Personen) entfielen auf Personen nicht deutscher Staatsangehörigkeit, insbesondere aus mittel- und osteuropäischen EU-Staaten, für die seit 2011 bzw. 2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Die größte ausländische Zuwanderungsgruppe stellten dabei Rumäninnen und Rumänen (10 700 Zuzüge). Am zweit- bzw. dritthäufigsten waren

Bulgarinnen und Bulgaren (5 064) bzw. Polinnen und Polen (4 783) vertreten. Im Jahresverlauf zogen insgesamt 33 896 ausländische Personen über die Bundesgrenze fort. Im Saldo wanderten damit 16 232 Ausländerinnen und Ausländer mehr aus dem Ausland zu als dorthin fortzogen.

Aus anderen Regionen Deutschlands zog es 68 837 Personen nach Rheinland-Pfalz, das sind knapp sechs Prozent weniger als im Jahr zuvor. Annähernd 66 700 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer verlegten ihren alleinigen bzw. Hauptwohnsitz in eines der anderen Bundesländer (-5,4 Prozent). Daraus resultiert – bei sicherlich auch pandemiebedingt merklich reduziertem deutschlandweitem Wanderungsvolumen – ein leichtes Zuwanderungsplus von 2 156 Personen. Aus den angrenzenden Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg

und Hessen wanderten wie schon in den Vorjahren wieder mehr Personen zu als dorthin fortzogen; insgesamt ergibt sich mit diesen unmittelbar benachbarten Bundesländern ein Wanderungsplus in Höhe von 3 777 Personen.

In den kreisfreien Städten sind im Hinblick auf die Wanderungen über die Landesgrenzen bis auf die Städte Mainz (-826 Personen), Landau in der Pfalz (-140 Personen) und Zweibrücken (-27 Personen) positive Bilanzen zu verzeichnen. Die höchsten Überschüsse ergeben sich für die kreisfreien Städte Trier (2 490 Personen), Ludwigshafen am Rhein (1 463 Personen) und Speyer (1 394 Personen). In sämtlichen Landkreisen außer Kusel (-65 Personen) übersteigen die Zuwanderungen aus anderen Bundesländern, aus dem Ausland und von Unbekannt die Abwanderungen nach dort. Die deutlichsten Zugewinne

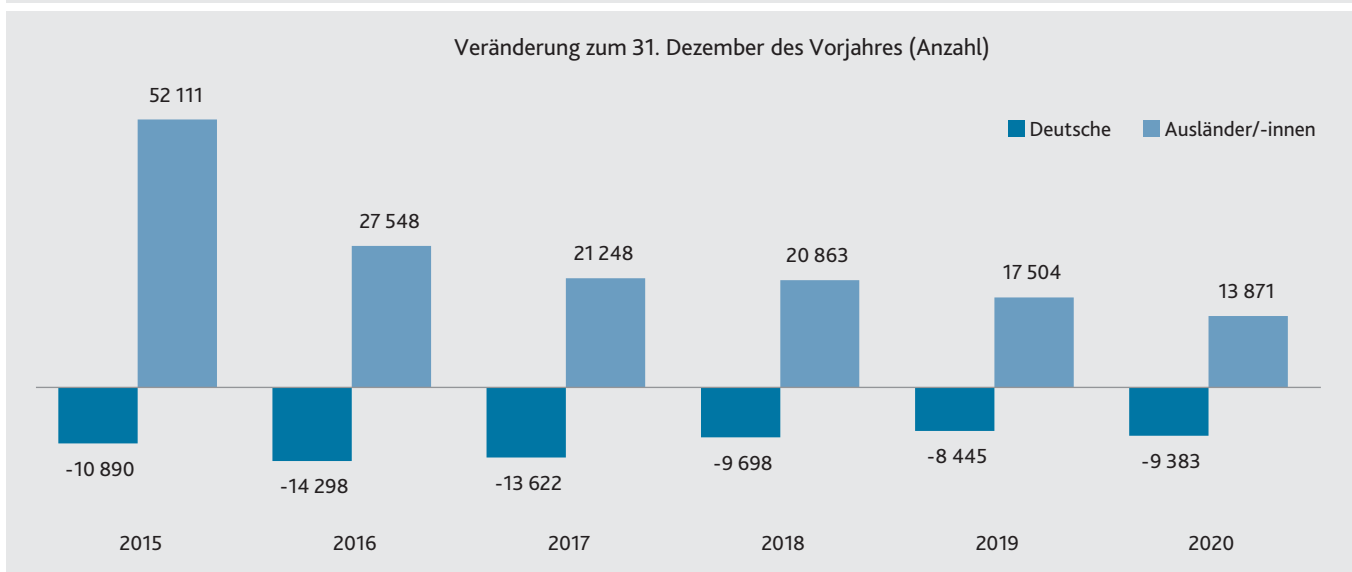
verzeichnen der Eifelkreis Bitburg-Prüm (1 164 Personen) und der Landkreis Trier-Saarburg (1 054 Personen).

Bevölkerung steigt auf annähernd 4,1 Millionen

Zum Jahreswechsel 2020/2021 ist die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 4 098 391 Menschen angewachsen. Das sind rund 4 500 Menschen mehr als ein Jahr zuvor. Damit ist die Bevölkerungszahl des Landes im nunmehr neunten Jahr in Folge gestiegen und erreicht einen neuen historischen Höchststand.

Grund für den erneuten Anstieg ist, dass auch im vergangenen Jahr deutlich mehr Menschen über die Landesgrenzen zu- als fortzogen. Der sogenannte Wanderungsüberschuss (17 300 Personen) konnte das Geburtendefizit (-11 500 Personen) erneut mehr als ausgleichen. Die übrigen Bestandsveränderungen (rund

Bevölkerungsentwicklung 2015–2020 nach Staatsangehörigkeit





–1 300 Personen) sind im Wesentlichen auf Korrekturmeldungen der Meldeämter zurückzuführen, mit denen zu einem früheren Zeitpunkt, das heißt auch in Vorjahren, übermittelte Angaben über Zu- und Fortzüge richtiggestellt wurden.

Die Anzahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer stieg gegenüber dem 31. Dezember 2019 um rund 13 900 und gegenüber dem Stichtag der Volkszählung im Mai 2011 um annähernd 212 100 auf nunmehr etwa 484 100. Ihr Anteil an der Bevölkerung lag damit zum Jahreswechsel 2020/2021 bei 11,8 Prozent. Demnach besitzt deutlich mehr als jede neunte Rheinland-Pfälerin bzw. mehr als jeder neunte Rheinland-Pfäler nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Gegenüber dem Vorjahr ist der Ausländeranteil um 0,3 Prozentpunkte und gegenüber dem Stichtag der Volkszählung am 9. Mai 2011 um fünf Prozentpunkte gestiegen.

Auch die Altersstruktur der Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler hat sich zum Teil deutlich verändert. Gegenüber dem 9. Mai 2011 (Zensusstichtag) sank die Zahl der unter 20-Jährigen um ein Prozent auf 749 650. Rund 2 436 400 Personen entfallen aktuell auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen; das sind 0,6 Prozent mehr als zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung. Rund 912 400 Menschen sind 65 Jahre und älter, zwölf Prozent mehr als am 9. Mai 2011.

In den vergangenen Jahren ist – in Summe gesehen – die Bevölkerungszahl der kreisfreien Städte deutlich stärker angestiegen als die der Landkreise. Die Bevölkerungszahl der kreisfreien Städte wuchs seit dem Zensus 2011 um 5,6 Prozent. In Ludwigshafen, Mainz und Landau in der Pfalz waren die seitdem zu beobachtenden Bevölkerungszuwächse mit +9,5 Prozent, +8,4 Prozent bzw. +7,7 Prozent am stärksten ausgeprägt. Rückläufig war sie in dem rund neuneinhalb Jahre umfassenden Zeitraum in den kreisfreien Städten Pirmasens und Zweibrücken, die 1,7 Prozent bzw. 0,6 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner verloren. In den Landkreisen lag die Einwohnerzahl im Durchschnitt um 1,7 Prozent höher als am Zensusstichtag. Den stärksten Bevölkerungsgewinn gab es im Landkreis Mainz-Bingen und im Rhein-Pfalz-Kreis mit jeweils +5,4 Prozent sowie dem Landkreis Trier Saarburg (+5,1 Prozent), die höchsten Rückgänge waren in den Landkreisen Kusel und Südwestpfalz (–3,7 Prozent bzw. –3,6 Prozent) zu verzeichnen.

Grundsicherung: Zahl der unterstützten Personen steigt um 1 500

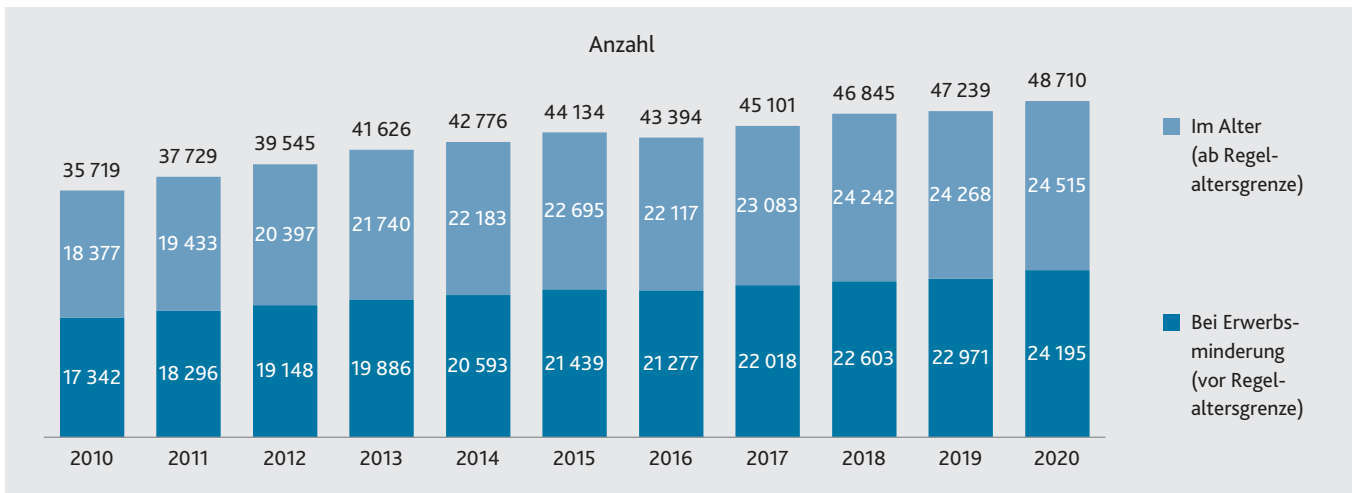
Zum Jahresende 2020 erhielten in Rheinland-Pfalz rund 48 700 Personen staatliche Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch. Die Anzahl der Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher ist gegenüber dem Vorjahr um knapp 1 500 bzw. 3,1 Prozent angestiegen. In den vergangenen

zehn Jahren hat sich der Empfängerkreis nahezu kontinuierlich um rund 13 000 Frauen und Männer bzw. 36 Prozent ausgedehnt.

In etwa der Hälfte der Fälle (24 200 Personen) handelte es sich um Personen, die dem Arbeitsmarkt wegen einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung nicht mehr zur Verfügung stehen. Diese Gruppe ist gegenüber dem Vorjahr um rund 1 200 Personen bzw. 5,3 Prozent gewachsen; seit 2010 hat deren Zahl um knapp 6 900 Personen bzw. 39,5 Prozent zugelegt. Männer sind mit einem Anteil von 55 Prozent häufiger vertreten als Frauen. Insgesamt wird knapp ein Prozent der Bevölkerung im Alter zwischen 18 Jahren und der Regelaltersgrenze durch solche Leistungen unterstützt.

Zum anderen erhielten rund 24 500 Personen oberhalb der Regelaltersgrenze Grundsicherung im Alter; das waren knapp 250 Personen bzw. ein Prozent mehr als im Dezember 2019. Frauen (Anteil: 58 Prozent) nehmen diese Leistung häufiger in Anspruch als Männer. Diese Relation hat sich im Zeitverlauf verschoben: Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Fallzahl der Männer um 3,3 Prozent bzw. 330 Personen, während bei den Frauen ein Rückgang um 0,6 Prozent bzw. 80 Personen zu verzeichnen war. In der längerfristigen Betrachtung gegenüber 2010 stieg die Fallzahl bei den Männern (+70 Prozent bzw. +4 300) wesentlich stärker als bei den Frauen (+15 Prozent bzw. +1 700).

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2010–2020



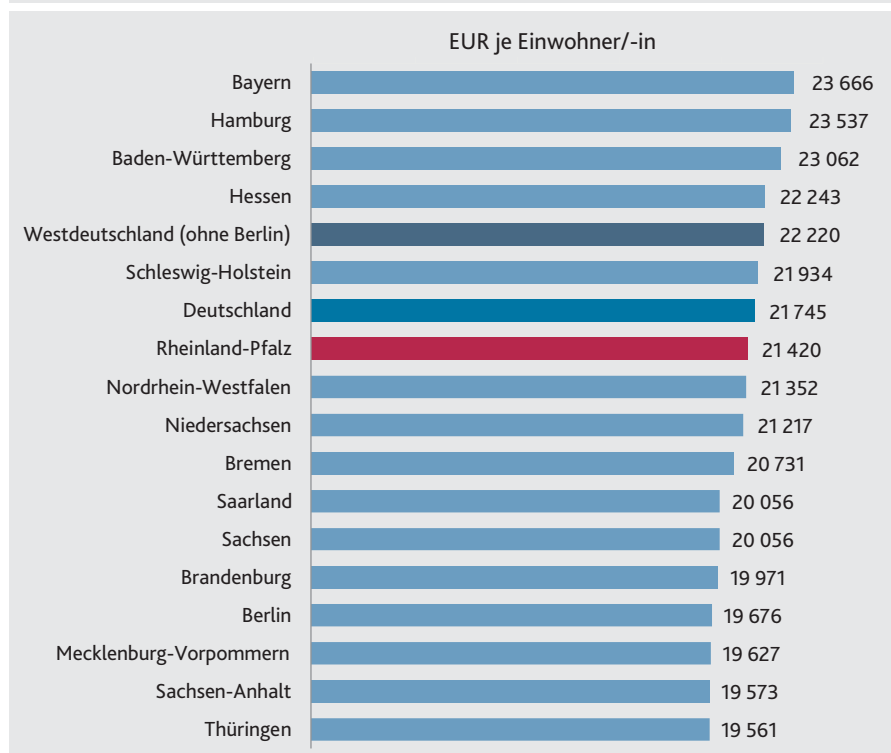
Der Anteil der Personen mit Grundsicherungsbezug an der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren lag zuletzt bei 1,4 Prozent. Regional zeigen sich große Unterschiede. So kamen in den kreisfreien Städten auf 1 000 volljährige Einwohnerinnen und Einwohner im Durchschnitt 21 Leistungsempfängerinnen und -empfänger, in den Landkreisen waren es dagegen nur zwölf. Werden ausschließlich Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter betrachtet, so fallen die regionalen Unterschiede noch größer aus: Während in der Südwestpfalz lediglich 11,5 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner oberhalb der Regelaltersgrenze die staatliche Leistung in Anspruch nahmen, waren dies in der Stadt Kaiserslautern 72 Personen. Im Mittel aller Landkreise lag dieser Wert bei 21; in den kreisfreien Städten bezogen hingegen rund 51 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner oberhalb der Regelaltersgrenze Grundsicherungsleistungen.

Gut 91 Prozent des verfügbaren Einkommens fließen 2019 in den Konsum

Im Jahr 2019 gaben die privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz

87,6 Milliarden Euro bzw. gut 91 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für den Konsum aus. Die Konsumausgaben stiegen gegenüber 2019 preisbereinigt um 1,1 Prozent und damit

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2019 nach Bundesländern



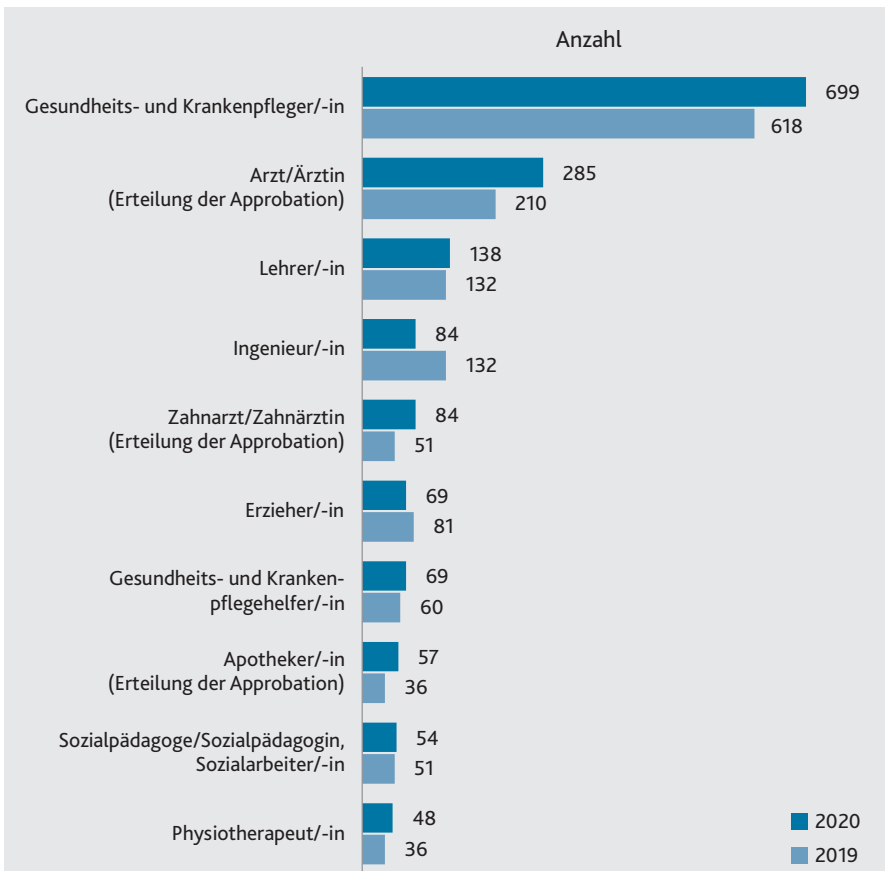


schwächer als im Bundesdurchschnitt (+1,6 Prozent).

Jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner in Rheinland-Pfalz verwendete 2019 durchschnittlich 21 420 Euro für Konsumzwecke. Der private Konsum je Einwohnerin bzw. Einwohner war damit um 325 Euro niedriger als in Deutschland (21 745 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Deutliche Unterschiede zeigen sich zwischen den westdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) mit einem Pro-Kopf-Konsum von 22 220 Euro und den ostdeutschen Ländern (einschließlich Berlin) mit Konsumausgaben von 19 783 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Gegenüber dem Jahr zuvor nahmen die Pro-Kopf-Ausgaben in Rheinland-Pfalz preisbereinigt um 0,8 Prozent zu. Deutschlandweit lag der Anstieg bei 1,3 Prozent.

Das Sparvolumen, also der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht für Konsumzwecke verwendet wird, nahm in Rheinland-Pfalz das sechste Jahr in Folge zu, allerdings mit nachlassender Dynamik. Verglichen mit dem Vorjahr erhöhte sich das Sparen 2019 mit einem Plus von 2,8 Prozent in jeweiligen Preisen stärker als im Bundesdurchschnitt (+2,2 Prozent). Private Haushalte in Rheinland-Pfalz sparten 2019 insgesamt 11,3 Milliarden Euro. Der Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen, vermehrt um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, belief sich auf 11,4 Prozent. Deutschlandweit lag die Sparquote mit 10,9 Prozent etwas niedriger. Dabei war sie

Anträge nach BQFG-Bund und BQFG-RP 2019 und 2020 nach den zehn häufigsten Referenzberufen¹



¹ BQFG: §17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz des Bundes; BQFG-RP: §17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz; aus Gründen der Geheimhaltung auf ein Vielfaches von drei gerundet.

mit 11,5 Prozent in den westdeutschen Ländern (ohne Berlin) wesentlich höher als in den ostdeutschen Ländern (einschließlich Berlin) mit 7,9 Prozent.

Jede Rheinland-Pfälerin bzw. jeder Rheinland-Pfälzer sparte im Schnitt 2 769 Euro, und somit 118 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt (2 651 Euro). Im Vergleich zu 2018 nahm das Sparen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz um 70 Euro zu (Deutschland: +52 Euro).

Mehr Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Im Jahr 2020 bearbeiteten die Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) rund 2 200 Anträge auf die Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation. Das waren – trotz Corona-Krise – etwa 100 Anträge bzw. 4,8 Prozent mehr als im Vorjahr.

Das Feststellungsverfahren bietet die Möglichkeit, die Berufsabschlüsse qualifizierter ausländischer

Arbeitskräfte in Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz anzuerkennen. Davon profitierte insbesondere die in durch Corona besonders bedeutende Gesundheitsversorgung: Im Jahr 2020 wurden knapp 700 Ausbildungsabschlüsse zur Gesundheits- und Krankenpflege, rund 290 Approbationen zur Ausübung des Arztberufs und etwa 60 Approbationen im Apothekerberuf in den Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz bearbeitet. Gegenüber dem Vorjahr stiegen insbesondere die Zahlen der Anerkennungsanträge zur Ausübung des Apotheker- (+58 Prozent) und Arztberufs (+36 Prozent) deutlich.

Die meisten Anträge bezogen sich auf die Anerkennung einer in Syrien (207) oder in Bosnien und Herzegowina (144) erworbenen Ausbildung. Dies ist im Wesentlichen auf die bereits in den vergangenen Jahren zugewanderten Schutz- und Asylsuchenden aus Syrien und auf das Projekt „Triple Win“ der Bundesagentur für Arbeit

und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit zurückzuführen, in dessen Rahmen Pflegefachkräfte aus Bosnien-Herzegowina, Philippinen, Vietnam, Serbien und Tunesien gewonnen werden.

Mehr Geförderte in Aufstiegsfortbildungen

In Rheinland-Pfalz erhielten 2020 rund 9 100 Fortzubildende eine Förderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), auch Aufstiegs-BAföG genannt. Das waren rund 400 Personen bzw. 4,3 Prozent mehr als im Vorjahr.

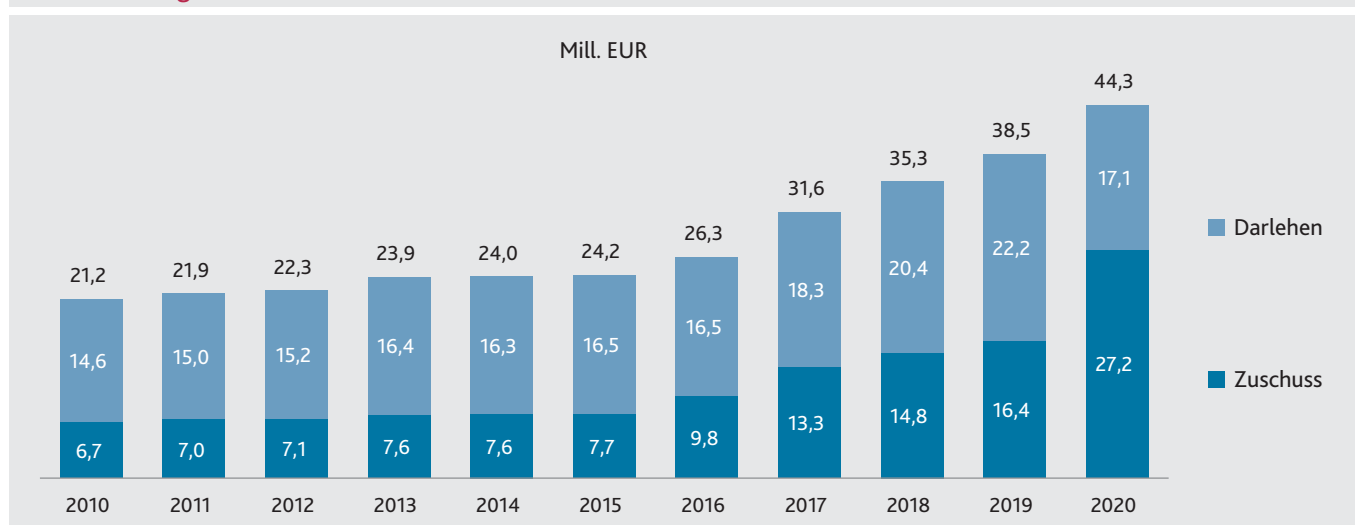
Der Anstieg ist u. a. auf die Erhöhung der Zuschüsse, Freibeträge, Darlehenslätze und Unterhaltsförderungen im Rahmen des 3. und 4. Gesetzes zur Änderung des AFBG im August 2016 bzw. 2020 zurückzuführen. Zwischen 2016 und 2020 stieg die Zahl der geförderten Fortzubildenden um 27 Prozent, die der

Geförderten in Vollzeitmaßnahmen sogar um 66 Prozent.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr rund 44 Millionen Euro zur Förderung von Fortbildungsaktivitäten im Rahmen des Aufstiegs-BAföG bewilligt, davon 27 Millionen als Zuschüsse. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die bewilligten Fördermittel um 5,8 Millionen Euro (+15 Prozent), verglichen mit 2016 sogar um 18 Millionen Euro (+69 Prozent). Durchschnittlich erhielten die Geförderten etwa 4 900 Euro.

Die von Bund und Ländern finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderung ist ein Förderangebot für Bürgerinnen und Bürger, die eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung absolvieren. Unabhängig vom Einkommen werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung sowie für das Meisterprüfungsprojekt gefördert. Die Förderung setzt sich aus Darlehen und staatlich finanzier-

Umfang der bewilligten Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2010–2020 nach Förderungsart





tem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem der Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden bezuschusst werden.

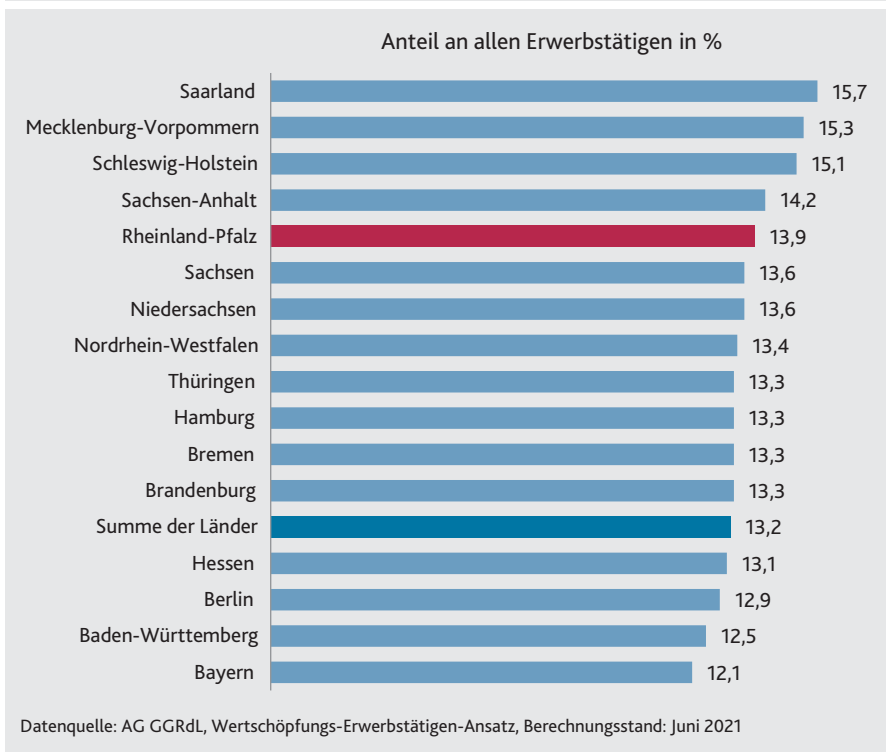
Die meisten Geförderten in 2020 waren männlich (59 Prozent), mit deutscher Staatsangehörigkeit (96 Prozent), unter 25 Jahre alt (48 Prozent) und in einer Fortbildungsmaßnahme in einem Umfang von mehr als 21 Monaten (69 Prozent). Am häufigsten wurden angehende staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher gefördert (2 600). Die Förderfähigkeit dieser Ausbildung ist darauf zurückzuführen, dass die landesrechtliche Zugangsregelung der Erzieherausbildung einen ersten Ausbildungsabschluss oder berufsbezogene Erfahrungen voraussetzt.

Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft sinkt im Jahr 2020

Im Corona-Jahr 2020 verringerte sich auch in der Gesundheitswirtschaft die Wirtschaftsleistung deutlich. Die Bruttowertschöpfung in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft ging preisbereinigt um 5,1 Prozent zurück und damit sogar etwas stärker als in der Gesamtwirtschaft (-4,8 Prozent).

Mittelfristig wächst die Gesundheitswirtschaft jedoch dynamisch. Zwischen 2008 und 2020 stieg die Wertschöpfung nach derzeitigem Berechnungsstand preisbereinigt um 14 Prozent, während die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöp-

Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2020 nach Bundesländern



fung in diesem Zeitraum lediglich um 6,4 Prozent zunahm.

Die Gesundheitswirtschaft trägt mehr als ein Zehntel zur Wirtschaftsleistung bei. In jeweiligen Preisen erzielte der Bereich 2020 eine Bruttowertschöpfung von 14,1 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil von elf Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung, die im Land erstellt wird.

Die Gesundheitswirtschaft ist sehr personalintensiv. Daher ist ihre Bedeutung für den Arbeitsmarkt noch größer als ihr Wertschöpfungsanteil. Im Jahr 2020 waren 280 400 Personen in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft tätig, was einem Anteil von knapp 14 Prozent

an allen Erwerbstätigen entspricht. Im Vergleich der Bundesländer ist dies der fünfthöchste Anteil.

Gegenüber 2019 nahm die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft um 1,8 Prozent zu. Von 2014 bis 2020 – mit weiter zurückliegenden Jahren sind die Ergebnisse wegen einer Änderung der Methodik nur eingeschränkt vergleichbar – stieg die Erwerbstätigenzahl in der Gesundheitswirtschaft kräftig um 13 Prozent. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen erhöhte sich in diesem Zeitraum in Rheinland-Pfalz nur um 2,8 Prozent.

Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen gibt Auskunft über die Produktivität der Gesundheitswirt-

schaft. Im Jahr 2020 erwirtschaftete jede erwerbstätige Person in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft im Durchschnitt eine Bruttowertschöpfung von 50 200 Euro. Damit liegt die Produktivität um rund 1 900 Euro unter dem Durchschnitt aller Bundesländer; im Ländervergleich belegt Rheinland-Pfalz den achten Platz. Aufgrund der hohen Personalintensität ist die Produktivität in der Gesundheitswirtschaft auch wesentlich niedriger als in der Gesamtwirtschaft (2020: 63 500 Euro).

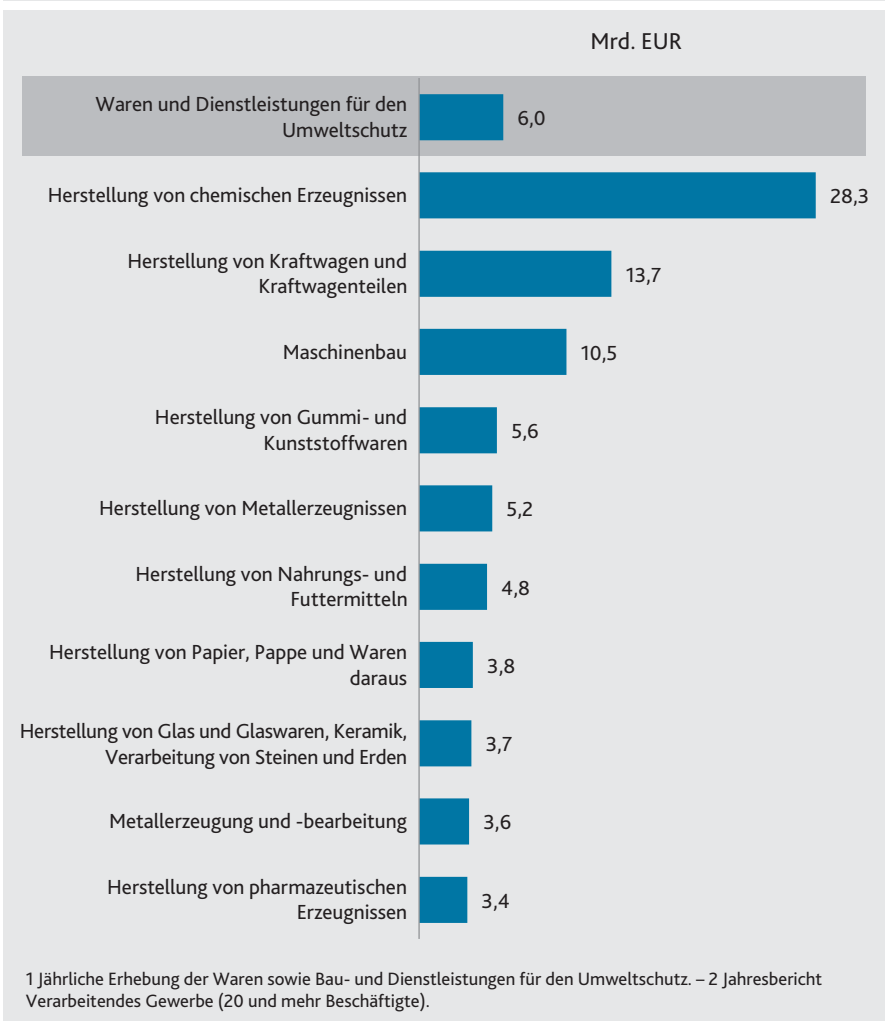
3,2 Milliarden Umsatz mit Klimaschutz

Die rheinland-pfälzische Umweltbranche erzielte 2019 rund sechs Milliarden Euro Jahresumsatz, was einem Plus von 8,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Klimaschutzmaßnahmen brachten 54 Prozent des gesamten Umweltumsatzes ein.

Von den insgesamt 3,2 Milliarden Euro Umsatz mit Waren und Dienstleistungen für den Klimaschutz entfielen 2,6 Milliarden Euro auf Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz (z. B. durch Gebäudedämmung). Hinzu kamen insbesondere Waren und Dienstleistungen im Bereich der Nutzung von Wind- und Solarenergie.

Auf Maßnahmen für die Luftreinhaltung entfielen 1,1 Milliarden Euro (+27 Prozent) bzw. knapp 18 Prozent des Gesamtumsatzes in der Umweltbranche, wobei es sich hauptsächlich um Filter- und Katalysatorsysteme

Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz¹ sowie Umsätze ausgewählter Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes² 2019



für Abgase handelt. Weitere Angebote, mit denen die Umweltbranche nennenswerte Umsätze erzielt, gehören zu den Bereichen Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Lärmbekämpfung (z. B. Maßnahmen zur Verminderung der Abwassermenge, Aufbereitung von Abfällen oder Geräte zur Schalldämmung).

Es ist zu beachten, dass umweltschutzbezogene wirtschaftliche Aktivitäten üblicherweise Sektor übergreifend stattfinden und sich nicht genau

abgrenzen lassen. Bei der Umweltbranche handelt es sich um einen sogenannten Querschnittssektor, der in der üblichen Unterteilung der Wirtschaftszweige nicht enthalten ist. Der Sektor übergreifend erwirtschaftete Umsatz lag 2019 mit rund sechs Milliarden Euro deutlich über dem des mittelgroßen rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweigs der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (Jahresumsatz 2019: 5,6 Milliarden Euro). Die Arbeitsleistung der in der Umweltbranche tätigen Personen



entsprach 2019 rund 21 500 Vollzeit-
äquivalenten.

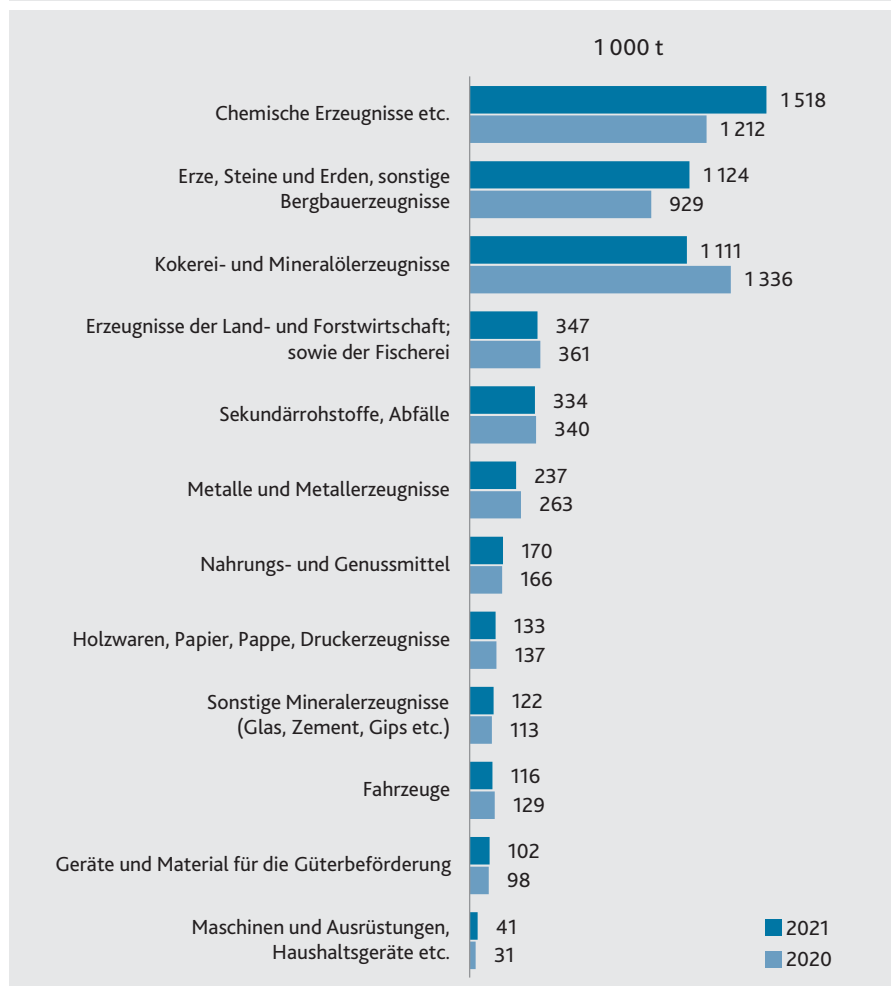
Güterumschlag in Binnenhäfen legt leicht zu

Im ersten Quartal 2021 wurden in den rheinland-pfälzischen Häfen geringfügig mehr Güter umgeschlagen als im ersten Quartal 2020. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten für die Monate Januar bis März 2021 einen Güterumschlag von rund 5,8 Millionen Tonnen. Dies waren knapp 116 000 Tonnen bzw. zwei Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Der Versand erhöhte sich um 6,7 Prozent auf 2,64 Millionen Tonnen. Der Empfang hatte einen Rückgang um 1,6 Prozent auf 3,14 Millionen Tonnen zu verzeichnen.

Die höchste Umschlagmenge entfiel auf Güter der Abteilung „Chemische Erzeugnisse“. Von dieser Güterart wurden 1,52 Millionen Tonnen be- bzw. entladen (+25 Prozent). Danach folgen Güter der Abteilungen „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ und „Kokerei- und Mineralölzeugnisse“ mit Umschlägen von 1,12 (+21 Prozent) bzw. 1,11 Millionen Tonnen (-17 Prozent).

Ludwigshafen ist unverändert der Binnenhafen des Landes mit dem größten Umschlag. Im betrachteten Zeitraum wurden dort mehr als zwei Millionen Tonnen Güter umgeschlagen – 19 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Im zweitgrößten Hafen Mainz betrug der Umschlag 0,86 Millionen Tonnen und ging damit um 1,5 Prozent zurück.

Güterumschlag von Januar bis März 2020 und 2021 nach Güterabteilungen



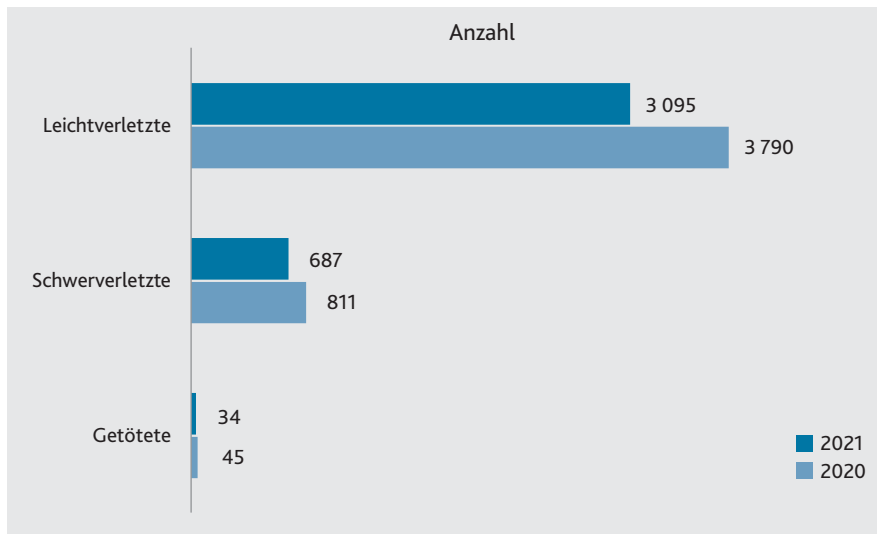
Auch im April wieder steigende Unfallzahlen

Im April 2021 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen 13 Menschen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren das drei Todesopfer mehr als im Vorjahresmonat. Auch die Anzahl der Unfälle erhöhte sich deutlich auf 9 849 (+19 Prozent).

Insgesamt verloren von Januar bis April 2021 in Rheinland-Pfalz 34 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, elf weniger als von Januar bis April 2020. Die Zahl der Schwer-

verletzten sank um 15 Prozent auf 687.

Die Zahl der Leichtverletzten sank gegenüber den ersten vier Monaten des Vorjahres um 18 Prozent auf 3 095. Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten vier Monaten dieses Jahres 35 735 Straßenverkehrsunfälle und damit 8,4 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Darunter waren 32 728 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Dies waren 7,7 Prozent weniger als in den ersten vier Monaten 2020.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis April 2020 und 2021

Wie im März passierten auch im April mehr Unfälle als im Vorjahresmonat. Grund dürften von der Regierung verfügte Lockerungen von Einschränkungen zur Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus sein. Aufgrund der extrem niedrigen Zahlen im Januar und Februar ergibt sich für die ersten vier Monate dieses Jahres insgesamt weiterhin ein Rückgang.

Hebesätze für Grundsteuer B steigen leicht an – Sätze für Gewerbesteuer nahezu unverändert

Die Hebesätze für die Realsteuern steigen im Durchschnitt in Rheinland-Pfalz im Jahr 2021 nur geringfügig an. Auf Basis von Vorabmeldungen der Gemeinden errechnete sich für 2021 ein durchschnittlicher Hebesatz für die Gewerbesteuer in Höhe von 382 Prozent. Im Vorjahresvergleich ist er nahezu unverändert. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A steigt um zwei Prozentpunkte auf 326 Prozent, der für

die Grundsteuer B legt voraussichtlich vier Prozentpunkte auf 411 Prozent zu.

Die Grundsteuer A erheben die Kommunen auf land- und forstwirtschaftliche Flächen, die Grundsteuer B auf bebaute bzw. bebaubare Grundstücke. Rund sechs Prozent der 2 301 rheinland-pfälzischen Kommunen erhöhen 2021 die Hebesätze der Grundsteuer B. Gut vier Prozent gehen mit den Hebesätzen bei der Grundsteuer A nach oben, knapp drei Prozent bei der Gewerbesteuer. Eine Senkung gibt es dagegen selten: Lediglich sechs Gemeinden (0,3 Prozent) verringern 2021 zumindest einen ihrer Hebesätze.

Die kreisfreien Städte veranschlagen bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B im Durchschnitt einen deutlich höheren Hebesatz als die kreisangehörigen Gemeinden: Bei der Gewerbesteuer liegt der durchschnittliche Hebesatz in den

kreisfreien Städten unverändert bei 424 Prozent, bei den kreisangehörigen Gemeinden bei 363 Prozent. Keine der kreisfreien Städte verändert 2021 den Hebesatz für die Grundsteuer B. Im Durchschnitt beträgt er 457 Prozent. Anders bei den kreisangehörigen Gemeinden: Hier erhöhen knapp sechs Prozent diesen Hebesatz. Er wächst im Durchschnitt um sechs Prozentpunkte auf 392 Prozent.

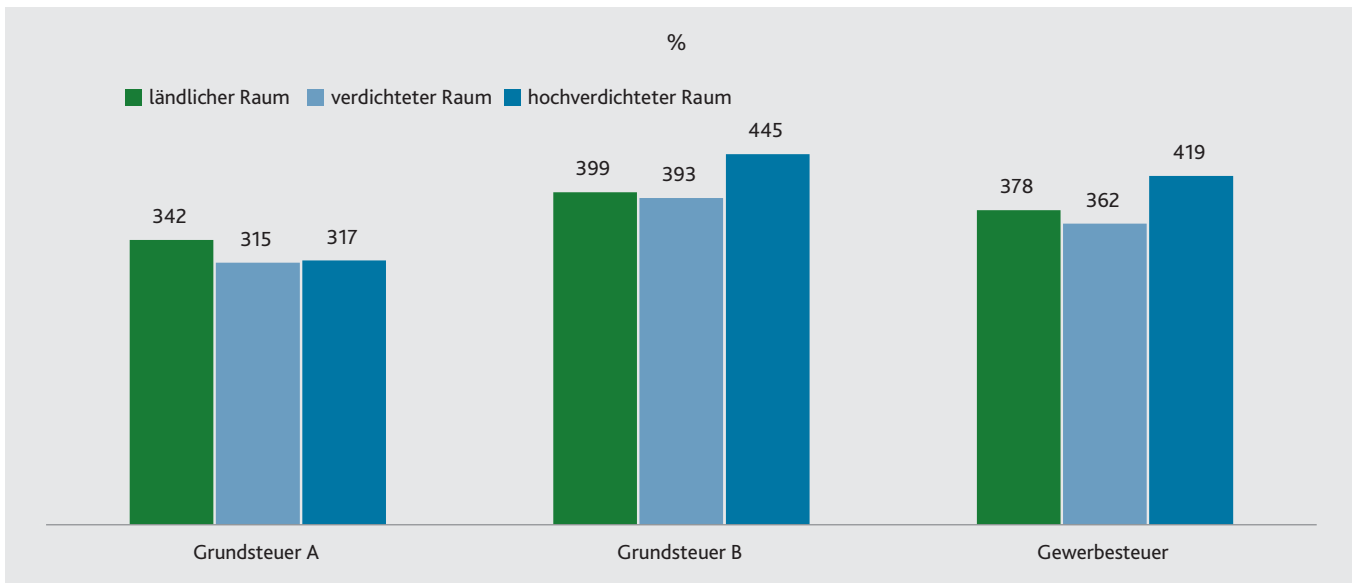
Die hoch verdichteten Siedlungsräume weisen im Durchschnitt die höchsten Hebesätze bei der Grundsteuer B (445 Prozent) und der Gewerbesteuer (419 Prozent) auf. Im ländlichen Siedlungsraum sind hingegen die Hebesätze der Grundsteuer A im Durchschnitt am höchsten (342 Prozent).

Die Zahlen sind vorläufig. Erfahrungsgemäß erfolgen nahezu alle Hebesatzänderungen bis Mai des laufenden Jahres. Die Kommunen dürfen ihre Hebesätze im laufenden Haushaltsjahr jedoch noch bis zum 30. Juni erhöhen und bis zum 31. Dezember senken. Im Jahr 2020 machten hiervon sehr wenige Kommunen Gebrauch.

Für 2020 und 2021 liegen noch keine bundesweiten Vergleichswerte vor. In den vergangenen Jahren sind die Hebesätze bundesweit im Durchschnitt spürbar angestiegen. Mit den bisher beobachteten Erhöhungen im Jahr 2021 bleiben die durchschnittlichen Hebesätze in Rheinland-Pfalz sowohl bei der Grundsteuer A und B als auch bei der Gewerbesteuer noch



Realsteuerhebesätze 2021 nach Raumstrukturtypen



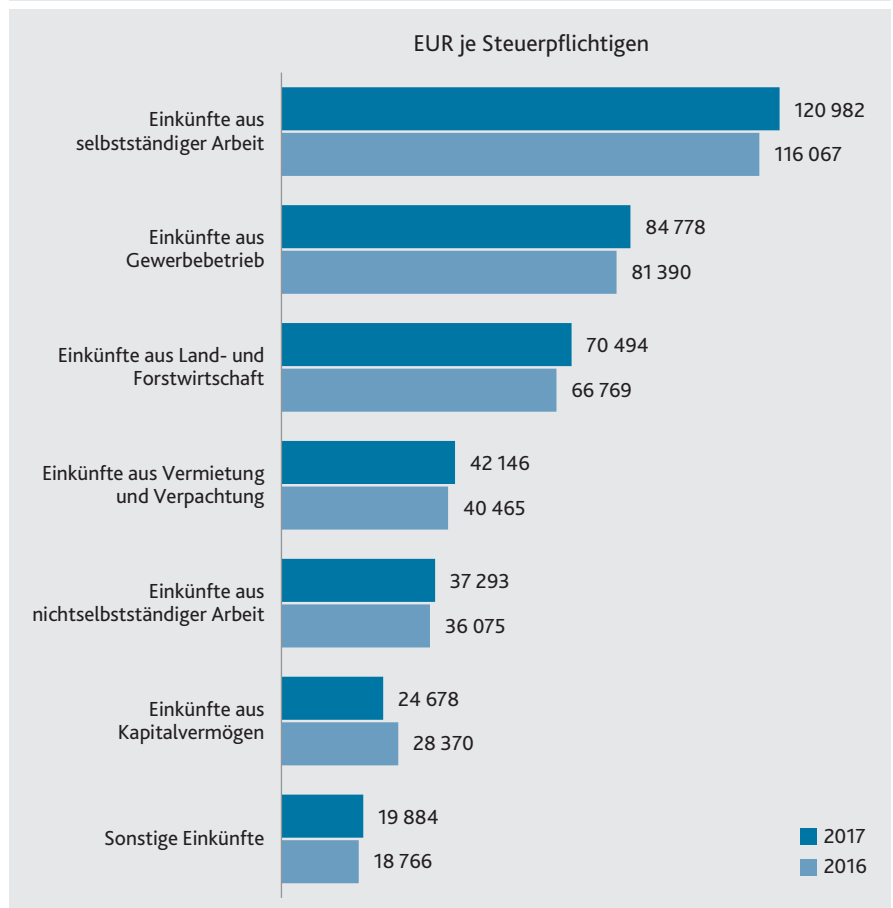
immer niedriger als der Bundesdurchschnitt des Jahres 2019.

Steuerpflichtige mit Einkünften von 100 000 Euro und mehr tragen 44 Prozent der Steuer

Die rund zwei Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten im Jahr 2017 im Durchschnitt einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 39 581 Euro. Dies entspricht einem Plus von 3,1 Prozent bzw. 1 178 Euro gegenüber dem Jahr 2016. Die festgesetzte Einkommensteuer betrug im Durchschnitt 6 767 Euro je Steuerpflichtiger bzw. je Steuerpflichtigem und legte damit um 3,4 Prozent zu.

Der Gesamtbetrag der Einkünfte weist eine Ungleichverteilung auf. Etwa 65 Prozent der Steuerpflichtigen lagen unter dem Durchschnitt von 39 581 Euro. Die auf diese Steuerpflichtigen entfallende Steuer machte

Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte 2016 und 2017 nach der überwiegenden Einkunftsart





aber in der Summe etwa 14 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer aller Steuerpflichtigen aus. Einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 100 000 Euro und mehr hatten knapp sechs Prozent der Steuerpflichtigen; sie trugen 44 Prozent zur festgesetzten Steuer bei. Unter ihnen sorgten die 895 Einkommensmillionäre – Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr – für 5,7 Prozent der festgesetzten Steuer, obwohl sie nur 0,04 Prozent aller Steuerpflichtigen repräsentieren.

Der Großteil der Steuerpflichtigen, nämlich rund 84 Prozent, hatte überwiegende Einkünfte aus nicht-

selbständiger Arbeit. Der Gesamtbetrag der Einkünfte lag für diese Steuerpflichtigen bei durchschnittlich 37 293 Euro je Steuerpflichtigem. Steuerpflichtige mit anderen überwiegenden Einkunftsarten verdienten zum Teil deutlich mehr. An der Spitze standen die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus selbständiger Arbeit mit einem durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von knapp 121 000 Euro je Steuerpflichtiger bzw. je Steuerpflichtigem.

Die im Durchschnitt höchsten Gesamtbeträge der Einkünfte je Steuerpflichtigem wurden in den im Süd-

osten des Landes gelegenen Gebietskörperschaften erreicht. Spitzenreiter war nach wie vor der Landkreis Mainz-Bingen mit gut 48 400 Euro, gefolgt von dem Landkreis Bad Dürkheim mit rund 45 600 Euro und der kreisfreien Stadt Speyer mit knapp 44 800 Euro. Schlusslichter waren die kreisfreien Städte Pirmasens mit 30 300 Euro, Ludwigshafen mit 34 100 und Trier mit rund 34 200 Euro. Der Durchschnittswert des Gesamtbetrags der Einkünfte lag in den Landkreisen um 5,8 Prozent höher als in den kreisfreien Städten.